

# GRÜN macht den Unterschied

## Wahlprogramm für Kiel



### **Impressum:**

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Kiel

Wilhelminenstr. 18

24103 Kiel

Tel.: 0431 – 57 85 52

Fax.: 0431 - 59 33 8 – 25

E-Mail: [kv.kiel@gruene.de](mailto:kv.kiel@gruene.de)

[www.gruene-kiel.de](http://www.gruene-kiel.de)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel .....</b>	<b>4</b>
Kieler Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen: Unsere größten Erfolge 2003 – 2007 ..	5
Solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft in Kiel .....	9
Solidarität gestalten .....	9
Soziale Stadtpolitik .....	9
Armut erfolgreich bekämpfen .....	9
Aktiv Beschäftigung schaffen .....	10
Beschäftigungspolitik für Menschen mit Migrationshintergrund.....	10
Gesund leben in Kiel .....	11
Abhängigkeitsfreies Leben .....	12
Barrierefreiheit und Selbstbestimmung.....	12
Sozialverbände unterstützen .....	13
Kiel – lebendig, vielfältig, sozial .....	13
Kinderfreundliches Kiel.....	13
Gleichberechtigung und Geschlechterdemokratie .....	13
Gender Mainstreaming und geschlechtergerechte Haushaltsplanung .....	14
Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen.....	14
Arbeit und Leben in Einklang bringen.....	15
Grüne Politik für Seniorinnen und Senioren.....	15
Verein auf Gegenseitigkeit – Bonus für Pflege .....	16
Menschen mit Migrationshintergrund in die Mitte der Gesellschaft .....	16
Spracherwerb fördern.....	16
Gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe auch für Menschen mit Migrationshintergrund.....	17
Soziale Sicherungssysteme für Menschen mit Migrationshintergrund anpassen .....	17
Selbstbestimmt leben – gerade im Asylverfahren.....	17
Rechte von Schwulen und Lesben stärken.....	18
Kulturelle Lebensqualität.....	18
Sport fördern .....	18
Kultur erLeben.....	19
Grünes Sicherheitskonzept für Kiel .....	20
Unsere Ziele für Kiel: .....	20
Kiel bildet für die Zukunft .....	21
Kinderbetreuung .....	21
Eine für alle – Gemeinschaftsschulen für Kiel .....	23
Ganztagsschule .....	24

Schulautonomie .....	24
Schulsozialarbeit.....	25
Jugendpolitik.....	25
Berufsausbildung .....	25
Hochschule .....	26
Weiterbildung.....	26
Unsere Ziele für Kiel: .....	27
<b>Urbanität und Ökologie: besseres Klima für Kiel! .....</b>	<b>27</b>
Urbanes Leben .....	27
Altstadt .....	29
Innenstadt und Stadtteilzentren .....	29
Förde .....	30
Verkehr .....	31
<b>StadtRegionalBahn (SRB) .....</b>	<b>32</b>
Energiepolitik .....	33
Grünflächen, Naturschutz und Forst .....	35
Unsere Ziele für Kiel: .....	35
<b>Innovativer und vernetzter Wirtschaftsraum .....</b>	<b>36</b>
Vernetzter Wirtschaftsraum.....	36
Hafenentwicklung und maritime Technologie.....	37
Tourismus.....	37
Gesundheits- und Wellnessstandort Kiel.....	38
Bildung, Wissenschaft und Innovationen.....	38
Existenzgründungen .....	39
Städtische Unternehmen .....	39
Unsere Ziele für Kiel: .....	40
<b>Demokratische Teilhabe und bürgernahe Verwaltung für Kiel.....</b>	<b>40</b>
Bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe .....	40
Kommunalpolitische Partizipation von Jugendlichen.....	41
Kiel in der Einen Welt.....	41
Kein Platz für Rechtsextremismus .....	42
Grünes Leitbild für die Verwaltung .....	42
Verwaltungsreform.....	43
Grünes Personalkonzept .....	43
Moderne Buchführung .....	44
Gebietsreform voranbringen .....	44
Sozial und ökologisch verantwortliche öffentliche Beschaffung.....	44

Zentrale Beschwerdestelle.....	45
Mobiles Rathaus .....	45
Ombudsstelle „Korruption“ .....	46
Unsere Ziele für Kiel: .....	46

## Präambel

Liebe Kielerinnen und Kieler,

unsere Stadt hat sich mit der Ratsmehrheit unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt. Dabei ist die grüne Handschrift deutlich zu erkennen. Auch in den nächsten Jahren wollen wir unsere politischen Ideen und Ziele für die Bürgerinnen und Bürger Wirklichkeit werden lassen. Wir stehen für:

- Soziale Gerechtigkeit und ein kinderfreundliches Kiel
- Klimaschutz in der Energieversorgung und Verkehrsentwicklung
- Eine lebendige und attraktive Stadtentwicklung

Dabei steht die Kinderfreundlichkeit Kiels für uns im Mittelpunkt. Denn Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt und müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die bestmögliche Betreuung, Förderung, Bildung und Perspektive für ihr Leben erhalten. Für uns steht unzweifelhaft fest, dass eine gerechte und soziale Gesellschaft nur möglich werden kann, wenn die individuellen Interessen und Fähigkeiten unserer Kinder gefördert werden. Deshalb wollen wir Kita-Plätze für alle Kinder und Gemeinschaftsschulen, in denen gemeinsam gelernt und individuell gefördert wird.

Kiel muss als Klimaschutzstadt seiner ökologischen Verantwortung nachkommen und sich aktiv daran beteiligen, dass der Klimawandel begrenzt wird. Für uns Grüne bedeutet das, zielstrebig und konsequent an der Minimierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in unserer Stadt zu arbeiten. Dazu gehören für uns das massive Einsparen von Energie, die effizientere Nutzung von Energie und der deutliche Ausbau von erneuerbaren Energien . Die Planungen für ein völlig überdimensioniertes und klimafeindliches Kohlekraftwerk auf dem Ostufer widersprechen diesen Zielen grundsätzlich. Wir werden alles dafür tun, dass dieses Steinkohlemonster in unserer Stadt nicht gebaut wird. Wir haben ökologisch und ökonomisch sinnvolle Alternativen

vorgestellt. Wir setzen auf dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und intelligente Vernetzung.

Neben der Energieversorgung spielen auch die durch den Verkehr erzeugten CO<sub>2</sub>-Emissionen eine wichtige Rolle. **Deshalb wollen wir mit einer StadtRegionalBahn dem zunehmenden motorisierten Individualverkehr eine Alternative entgegen setzen und damit zugleich auch die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in Kiel erhöhen.** In

diesem Zusammenhang wird es für uns weiterhin selbstverständlich bleiben, die Attraktivität unserer Stadt für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen zu erhöhen.

Die Entwicklung der Kieler Innenstadt und der Altstadtinsel ist ein weiterer Schwerpunkt Grüner Politik. Wir wollen für alle Menschen, die in Kiel wohnen oder zu Besuch sind, eine Innenstadt, die attraktive Einkaufsmöglichkeiten, vielfältige kulturelle Angebote und ein maritimes Flair bietet. Deshalb ist eine Erneuerung unserer Museumslandschaft längst überfällig. Mit dem von uns angestrebten Museumsneubau für Stadtgeschichte am Schiffahrtsmuseum, dem in der Planung befindlichen Science Center an der Hörn und dem Ostseekai am Schlossgarten wird sich die Anziehungskraft der urbanen Mitte Kiels deutlich erhöhen.

Für ein Grünes Kiel brauchen wir Ihre Unterstützung. Denn auch in der kommenden Wahlperiode ist eines vollkommen klar: GRÜN macht den Unterschied!

Ihre Katja Günther (Listenplatz 1), Ihr Lutz Oschmann (Listenplatz 2)

Spitzenkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen

## **Kieler Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen: Unsere größten Erfolge 2003 – 2007**

Bündnis 90/Die Grünen haben in der LH Kiel Verantwortung übernommen und konnten zahlreiche Verbesserungen durchsetzen.

Hier die wichtigsten konkreten Ergebnisse GRÜNER Politik in Verantwortung:

### **Kinderfreundliche Stadt:**

Nach einer bundesweiten Vergleichsstudie mit anderen Großstädten lag Kiel 2003 hinsichtlich der Kinderfreundlichkeit von Großstädten auf dem 72. von 83 möglichen Platz. Wir haben das Ruder herumgerissen! Kinderfreundliche Stadt wurde unser zentrales strategisches Ziel, ein umfangreiches Handlungskonzept wurde

verabschiedet. 2007 bescheinigt die Bundesregierung in ihrem Familienatlas der LH Stadt Kiel eine Erfolgsbilanz. Im direkten Vergleich von 40 Großstädten belegt Kiel einen vorderen Rang. Wir holen auf.

Allein für Kinder von 0 bis 3 Jahre haben wir das Betreuungsangebot von 437 in 2004 auf 963 Plätzen in 2008 gesteigert. In Gaarden wird eine neue Kindertageseinrichtung gebaut. Die Ausgaben für die Kinderbetreuung haben wir trotz harter Sparpolitik von rund 29 Mio. Euro auf 34 Mio. Euro gesteigert. Wir haben für die Gründung eines Netzwerkes gegen Kinderarmut gesorgt, in dem alle in Kiel tätigen Akteure im Rahmen von Stadtteilkonferenzen zusammenarbeiten und bereits Hunderte von konkreten Maßnahmen zur Unterstützung armer Kinder umsetzen, zusätzlich werden Mittagstische für bedürftige Kinder finanziert.

Mit mehr als 10 Mio. € wurde der jahrzehntealte Renovierungsstau bei der Schulgebäudesanierung angegangen. Wir sind in Kiel Vorreiter bei der Einführung von Ganztagschulen. Seit 2004 / 2005 bis heute konnte an 18 Schulen der offene Ganztagsbetrieb aufgenommen werden, zugleich werden Schulsozialarbeit und Freizeitmaßnahmen gefördert. Mit der Gründung der Hans-Christian-Andersen-Schule als „Schule im Stadtteil“ beschreiten wir Neuland. Mit dem Modellprojekt wird die Schule Lebensort für Kinder, Jugendliche und Familie. Das Mädchenhaus Lotta bleibt erhalten.

## **Umwelt- und Klimaschutz:**

In unserem ur-grünen Schwerpunkt haben wir die größten Erfolge.

Kiel bewarb sich bei der EU erfolgreich um die Durchführung der Innovativen Bauausstellung 2008 ([www.inba-kiel.de](http://www.inba-kiel.de)). Hier werden im Sommer 2008 Neubaumaßnahmen und Modernisierungsprojekte mit vorbildhafter Umsetzung von Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien präsentiert. Die LH Kiel deckt fast 50% des städtischen Strombedarfs mit Ökostrom, wurde Mitglied im Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder ([www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)), womit das erklärte Ziel verbunden ist, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren und trat als erste Landeshauptstadt der Kampagne SolarLokal ([www.solarLokal.de](http://www.solarLokal.de)) bei. Bei der Straßenbeleuchtung haben wir 30% der bisherigen Energie eingespart. Städtische Dächer werden für Solaranlagen unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Mit dem Drachensee wird erstmalig seit 30 Jahren ein Landschaftsschutzgebiet neu ausgewiesen. Durch umfangreiche Sanierungsarbeiten hat Neumühlen-Dietrichsdorf einen Zugang zum Strand erhalten, am Gut Schwartenbek entsteht ein großer Stadtwald, Waldflächen in Hassee und Friedrichsort wurden erweitert. Mit den angrenzenden Gemeinden haben wir ein Freiräumliches Leitbild beschlossen, mit dem wir Grün- und Freiflächen für den Landschaftsschutz und als Angebot zur Naherholung erhalten.

Den Umweltverbund aus ÖPNV und Radverkehr haben wir gestärkt. Der Bahnhof Hassee ging in Betrieb, 7 km neue Radwege entstanden, der Bau einer Fahrradstation am Bahnhof beginnt in 2008. Die Errichtung des Pendlerportals ([www.pendlerportal.de](http://www.pendlerportal.de)) reduziert den Individualverkehr. Ein neuer Fähranleger entsteht bei Geomar, ein neues modernes Fahrgastschiff wird eingesetzt. Carsharing ersetzt zunehmend die Dienstautos bei der Stadtverwaltung.

Das Großprojekt StadtRegionalbahn nimmt eine weitere Hürde und kommt in den vordringlichen Bedarf der Bundesregierung für Verkehrsprojekte,

Der Ausbau des Flughafens Holtenau wurde endgültig verhindert.

Auf der Grundlage einer umfassenden Analyse haben wir erstmalig einen konkreten Fahrplan für die Verbesserung der sozialen Situation in **Gaarden und Mettenhof** verabschiedet und seitdem einiges bewegen können. 3,5 Millionen Euro flossen über das Programm Soziale Stadt in zahllose Projekte, mit der Errichtung des Sport- und Begegnungsparks entsteht gerade ein weiteres attraktives Angebot. Die Gründung eines Mehrgenerationenhauses am Vinetaplatz, die Errichtung eines Familienzentrums mit vielfältigen Angeboten und die Sicherung der aufsuchenden Sozialarbeit rund um den Vinetaplatz sind weitere wegweisende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse. In Mettenhof entsteht ein Bürgerzentrum. Unter Motto „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ investiert die Stadt gemeinsam mit der Arbeitsagentur in neue Arbeitsplätze. Mit der Bebauung des Geländes zwischen Gaardener Ring und Germaniabecken wird der Übergang zwischen West- und Ostufers aufgewertet.

Mit einem attraktiven und zugleich realistischen Rahmenkonzept haben wir die Neugestaltung der **Altstadtinsel** begonnen. Dazu zählen die Auslobung eines Ideenwettbewerbs für das Areal der Alten Feuerwache und die Bestandssicherung des Warleberger Hofes. Mit dem neu errichteten Cruise- & Ferry-Center wird sich Kiel auch in Zukunft als wichtigster Hafen für Kreuzfahrtschiffe behaupten können.

Wir haben Kiel zukunftsfest gemacht mit der Gründung und dem Ausbau des Wissenschaftsparks mit dem **Wissenschaftszentrum**, sowie dem Ausbau des KITZ, wo hunderte von Arbeitsplätzen entstanden, ebenso wie bei den Neuansiedlungen von Voith und der Erweiterung von Vossloh. Das Maritime **Science Center** ist wohl das schwierigste Projekt, das allen Widerständen aus Stadt und Land zum Trotz aber nun Gestalt annimmt.

### **Und dann waren da noch:**

... Die Neugestaltung am ZOB: Kiels Schandfleck Nr. 1 verschwindet und es entsteht ein Hotel- und Gesundheitszentrum.

... Der Erhalt und die Sanierung der Alten Meierei: Die Brandschutzauflagen sind erfüllt und der Vertrag wurde verlängert.

... Die Umbenennung der Carl-Peters-Straße in Albert-Schweitzer-Weg: Nach jahrzehntelangem Nichtstun durch die SPD-Mehrheit ist es uns gelungen, die Mehrheit der Anwohner/innen und alle Ratsfraktionen einzubeziehen und die Umbenennung der Straße vorzunehmen.

... Der Bau der Sporthalle in Schilksee, die zugleich Objekt der innovativen Bauausstellung wird.

... Die Einrichtung einer Beschwerdestelle in der Stadtverwaltung für eine schnelle und einheitliche Behandlung und schnelle Abarbeitung von Beschwerden und Kritik aller Bürgerinnen und Bürger.

... Oper, Theater, Ballett, Orchester und Werfttheater wurden in eine „Anstalt öffentlichen Rechts“ überführt. Diese Umgestaltung hat zu deutlich verbesserten Entscheidungsstrukturen und zu einer sehr erfolgreichen Arbeit des Theaters geführt.

... Viele neue kulturelle Angebote wurden auf den Weg gebracht: Im Neuen Rathaus entsteht eine VHS-Kunstschule, in der die Verbindung von Bildung und Kultur gelebt werden soll. Und in Zusammenarbeit mit dem Theater und dem Chor der Landeshauptstadt Kiel ist eine Kindersingschule gegründet worden, an der alle Grundschulkinder in Kiel kostenlos teilnehmen können.

## **Solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft in Kiel**

Wir wollen in Kiel eine solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft – eine Gesellschaft, die tolerant, kulturell vielfältig, solidarisch ist und alle Generationen teilhaben lässt. Unser Ziel ist eine Stadt, die Platz hat für Kreativität und offen ist für eine Integration, die nicht nur einseitig bleibt.

Dies kann gelingen, wenn alle Menschen unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Geschlecht, Kultur und Religion mitgestalten können. Deshalb machen wir Grüne uns weiterhin für ein gleichberechtigtes Miteinander in Kiel stark.

### ***Solidarität gestalten***

#### **Soziale Stadtpolitik**

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, die kommunalen Mittel auch vor Ort gezielt dort einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Wir verfolgen daher eine sozialräumlich ausgewogene Politik, um den Menschen in allen Stadtteilen dieselben Chancen zu bieten.

In Kiel sind Armut und damit verbundene soziale Probleme räumlich sehr ungleich verteilt und haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte gerade auf dem Ostufer – von Gaarden über Ellerbek, Wellingdorf bis Dietrichsdorf – und in Mettenhof geballt. Um die Lage zu entspannen und nachhaltig zu ändern, wurde in der laufenden Wahlperiode zusätzlich zur „Sozialen Stadt“ und den auslaufenden Mitteln des URBAN-Programms ein umfassendes Sofortprogramm entwickelt, das wir weiterführen und ausbauen wollen. Die Anpassung der Mietobergrenzen von Hartz-IV-Leistungsempfänger/innen an die Mietpreisentwicklung ist ein wichtiges Ziel grüner Politik, damit Empfängerinnen und Empfänger von ALG II möglichst nicht zu Umzügen innerhalb Kiels gezwungen und in bestimmte Sozialräume abgedrängt werden.

#### **Armut erfolgreich bekämpfen**

Der bundesweite wirtschaftliche Aufschwung erfasst allmählich auch den Kieler Arbeitsmarkt und lässt die Zahl der Arbeitslosen langsam sinken. Dennoch ist die Lage alles andere als entspannt: Fast 20 % der Bürgerinnen und Bürger, und sogar 33 % aller Kieler Kinder leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Wir Grüne haben uns für die Umverteilung städtischer Mittel eingesetzt und ein umfangreiches Maßnahmenprogramm aufgestellt, um gerade die Lebenssituation von Kindern in

Armut zu verbessern. Mit der Gründung eines Netzwerkes „Gegen Kinderarmut“ aus kommunalen Institutionen und Bürgerinitiativen wurde ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung einer solidarischen und vielfältigen Stadtgesellschaft gemacht.

Da gerade Frauen trotz eines arbeitsreichen Lebens von Altersarmut bedroht sind, werden wir auf kommunaler Ebene Strategien entwickeln, die speziell Frauen im Alter Lebensqualität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

### **Aktiv Beschäftigung schaffen**

Die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer viel zu hoch, und der Arbeitsmarkt verfügt über immer weniger Potenzial für Menschen mit geringer Qualifizierung. Deshalb muss die Serviceorientierung des Jobcenters weiter verbessert und den Bürgerinnen und Bürgern die Sicherheit gegeben werden, hier nicht nur gefordert, sondern auch sinnvoll gefördert zu werden. Seit der Einführung von „Hartz IV“ – der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe – stehen dafür neue Förderinstrumente zur Verfügung, welche wir in Kiel intensiver nutzen müssen. Darüber hinaus müssen bisher ausgegrenzte Menschen eine sinnvolle Beschäftigung angeboten bekommen, um ihnen damit ein neues Selbstwertgefühl zu ermöglichen. Dank unserer Initiative widmet die Stadt ihre Unterkunftsunterstützung für Hartz-IV-Leistungsempfänger/innen in die Mitfinanzierung einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit um. Auch der Bund ist gefordert, seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft zukünftig für die Finanzierung von Beschäftigung einzubringen.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass sich die Kielerinnen und Kieler entsprechend den Anforderungen des Arbeitsmarktes qualifizieren können. Hierbei stehen die Jugendlichen im Fokus; aber auch Eltern, die nach der Erziehungszeit wieder in das Berufsleben einsteigen, sowie Berufsanfänger/innen, Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose gilt es fit zu machen für den ersten Arbeitsmarkt.

### **Beschäftigungspolitik für Menschen mit Migrationshintergrund**

Menschen mit Migrationshintergrund sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen, sei es auf Grund von Sprachdefiziten, niedriger Qualifikation oder der Nicht-Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsausbildungen und Hochschulabschlüssen. Der Mangel an gezielten Angeboten zur Nachqualifizierung sowie mehr oder weniger offensichtliche Diskriminierungen beim Zugang zum

Arbeitsmarkt sind weitere Gründe. Wir setzen uns dafür ein, dass die Berufsausbildung und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt stärker auf spezifische Fähigkeiten und Kenntnisse von Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden. Vor allem in Berufen, in denen Zweisprachigkeit und Bi-Kulturalität gefragt sind, wie z. B. in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich sowie in der Außenwirtschaft sehen wir große Chancen, die wir wahrnehmen wollen. Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit muss als Potenzial anerkannt und frühzeitig gefördert werden.

### **Gesund leben in Kiel**

Wir Grüne wollen in Kiel eine kommunale Gesundheitspolitik verwirklichen, die es allen Menschen ermöglicht, gesund und selbstbestimmt zu leben.

Dafür werden wir Rahmenbedingungen schaffen, mit den Zielen:

- Zielgruppenspezifische Präventionsangebote und Gesundheitsförderung stärken
- Selbsthilfe und eine verbesserte Vernetzung der Gesundheitsanbieter fördern
- Die Betriebliche Gesundheitsförderung, auch in der Kieler Verwaltung, weiterentwickeln
- Stadtteilorientierte Gesundheitsförderung zur zentralen Aufgabe machen
- Die Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen stärken

Selbsthilfegruppen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer zukunftsorientierten Sozial- und Gesundheitspolitik und sind somit eine notwendige Ergänzung zum bestehenden professionellen Versorgungsangebot. Deshalb soll das eigenverantwortliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Kiel, die sich in Selbsthilfegruppen und -initiativen zusammengeschlossen haben, unterstützt werden.

Außerdem soll das Gesundheitsamt auf den Impfstatus der Schulkinder, besonders von Kindern mit Migrationshintergrund, achten, die bis jetzt nicht an notwendigen Impfungen teilgenommen haben. Auch die Sexualaufklärung zur Vorbeugung von AIDS und die Aufklärung über Reise- und Geschlechtskrankheiten müssen verstärkt werden.

## **Abhängigkeitsfreies Leben**

Wir setzen uns dafür ein, von Sucht bedrohten Menschen ein abhängigkeitsfreies Leben zu ermöglichen. Der Prävention im Kinder- und Jugendalter kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Wer Hilfe beim Ausstieg aus der Sucht benötigt, soll mit entsprechenden Angeboten dabei unterstützt werden, auch um den Teufelskreis in die Beschaffungskriminalität zu durchbrechen. Eine Kriminalisierung von Menschen mit Suchtproblemen lehnen wir strikt ab.

## **Barrierefreiheit und Selbstbestimmung**

Solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft bedeutet für uns auch die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben müssen verschiedene Arten von Barrieren abgebaut werden:

- **Bauliche Barrieren:** Das Angebot an Wohnraum, der auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten ist und eine freie Entscheidung zwischen stationärer und ambulanter Betreuung ermöglicht, soll erweitert werden.
- **Informationsbarrieren:** Zu den Voraussetzungen eines eigenständigen Lebens gehört eine Auswahl an flexiblen Hilfsangeboten, zwischen denen Behinderte selbstbestimmt wählen können. Um den Ausbau der Angebote zu fördern, wollen wir eine statistische Erfassung der Lebensbedingungen behinderter Menschen und die Kooperation aller Leistungsträger fördern.
- **Soziale Barrieren:** Um die frühzeitige Integration behinderter Kinder zu ermöglichen, müssen Beratungsangebote für Eltern und wohnortnahe Integration in Regelschulen ausgebaut werden. Für eine aktive Freizeitgestaltung von Behinderten unterstützen wir integrative kulturelle und sportliche Angebote in Kiel.

Wir gehen davon aus, dass es „normal“ ist, verschieden zu sein. Mit der Einrichtung einer Beratungsstelle für barrierefreies Bauen in der Verwaltung und der Erhöhung der Haushaltsansätze für barrierefreie Umbauten gehen wir mit großen Schritten auf dem Weg zu einer barrierefreien Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner Kiels voran.

## **Sozialverbände unterstützen**

Freie Träger leisten mit ihren Hilfsangeboten einen wichtigen Beitrag zur Wohlfahrtspflege. Hier bietet gerade die Vielfalt an Trägern die Möglichkeit, für individuelle Problemlagen auch individuelle Lösungen anzubieten. Daher begrüßen und unterstützen wir auch die Kooperation zwischen den Verbänden; ein besonders erfolgreiches Beispiel hierfür ist die Gründung der Stadtteilgenossenschaft Kiel - Gaarden. Das Mehrgenerationenhaus „Vineta - Zentrum“ als Ort der gemeinschaftlichen Bereitstellung von Bildungs- und Beratungsangeboten durch den Zusammenschluss verschiedener Träger ist ein weiterer guter Impulsgeber für die Stadtteilarbeit in Kiel - Gaarden und Teil unseres Maßnahmenpakets zur Verbesserung der Lebenssituation auf dem Ostufer.

## ***Kiel – lebendig, vielfältig, sozial***

In einer vielfältigen und lebendigen Stadtgesellschaft hat jeder Lebensentwurf mit seinen jeweiligen Erscheinungsformen seine Berechtigung. Grundlage für ein zivilisiertes Leben ist die aktive Gestaltung des Miteinanders.

## **Kinderfreundliches Kiel**

Wir wollen Kiel für alle Familienformen – Alleinerziehende, Patchwork-Familien, gleichgeschlechtliche Paare, Pflegeeltern, unverheiratete Partnerschaften oder klassische Ehen – attraktiv und lebenswert gestalten. Der Reichtum, den Kinder in unsere Stadt bringen, darf für Familien nicht zum Armutsrisiko werden. Wir bauen dabei auf bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Mütter und Väter aller Einkommensgruppen. Dazu gehören insbesondere Angebote von Hausbesuchen bei allen Familien mit Neugeborenen, eine Ausweitung der Elternberatung und ausreichende Familienbildungsangebote in allen Stadtteilen. Auch für Alleinerziehende muss durch mehr bedarfsgerechte Krippen- und Kindergartenplätze sowie den Ausbau von Ganztagschulen und ergänzenden Horten die Aufnahme einer Erwerbsarbeit möglich werden.

## **Gleichberechtigung und Geschlechterdemokratie**

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist immer noch kein Allgemeingut. Wenn zwei Drittel der bezahlten Arbeit von Männern und ein Drittel von Frauen geleistet, unbezahlte Tätigkeiten aber zu zwei Dritteln von Frauen und nur zu einem Drittel von

Männern erbracht werden, so sehen wir Grünen erheblichen Handlungsbedarf hin zu einer partnerschaftlichen Übernahme und Verteilung aller Arbeit, bezahlter wie unbezahlter. Die wichtigste Grundlage für die Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfs ist für Frauen und Männer die eigenständige Sicherung der Existenz durch Erwerbsarbeit. Dafür ist eine bessere Abstimmung der Arbeits- und Lebensbedingungen notwendig. Die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit ist zudem ein hervorragender Beschäftigungsmotor. Denn verstärkte Kaufkraft ermöglicht zusätzliche Nachfrage und Arbeitsplätze.

Grüne Frauenpolitik heißt, gleichrangig neben der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit spezielle Belange von Frauen in den Blick zu nehmen, um einer Benachteiligung gezielt entgegenzuwirken. Trotz angespannter Haushaltslage ist und bleibt die weitere Absicherung von Frauenprojekten wie Frauenhäusern, Frauenberatung, Gewaltschutzkonzepten, Frauenkultur, Frauennachttaxi oder auch frauenspezifischer Prävention, Diagnostik und Behandlung im Gesundheitsbereich Priorität für uns Grüne.

## **Gender Mainstreaming und geschlechtergerechte**

### **Haushaltsplanung**

Die gerechte Verteilung von Macht und Verantwortung zwischen den Geschlechtern ist ein Selbstverständnis unserer Politik. Wir verstehen Frauenpolitik als eine Querschnittsaufgabe, die für alle Politikbereiche die Berücksichtigung des Geschlechts vorschreibt – sei es für die Stadtplanung, die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Kultur-, Gesundheitspolitik oder auch für die Jugend- und Familienpolitik. Wir haben in Kiel den Ansatz des Gender Mainstreamings erfolgreich in der Kommunalverwaltung eingeführt und werden auch weiterhin auf die schrittweise Umsetzung hinarbeiten. Gleichzeitig streben wir durch die schrittweise Verwirklichung von „Gender Budgeting“ – des Prinzips geschlechtsdifferenzierter Haushaltsplanung – eine lebendigere Geschlechterdemokratie in Kiel an.

### **Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen**

Wir Grüne stehen für die Ächtung von Gewalt gegen Frauen jeglicher sozialer und kultureller Herkunft. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um sexualisierte, psychische oder physische Gewalt handelt. Dieses Thema sollte bereits in der Schule und in Kinder- und Jugendeinrichtungen aufgegriffen werden. Die Arbeit von Frauen- und Mädchenhäusern ist wichtiger Bestandteil der Frauenpolitik, und wir

werden uns deshalb auch in Zukunft für den Erhalt und die Finanzierung des Mädchenhauses „Lotta“ stark machen. Genauso soll das breite und passgenaue Kieler Angebot von Beratungs- und Schutzangeboten für Mädchen und Frauen in Notsituationen aufrechterhalten und verbessert werden. Es gilt, die Polizeidienststellen weiter für die Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen, Frauenhäusern und Polizei zu sensibilisieren. Mit dem Labyrinth im Volkspark wurde ein Ort in Kiel für das Gedenken an die Gewalt gegen Frauen geschaffen, und wir Grüne werden diese herausragende Initiative weiter unterstützen.

### **Arbeit und Leben in Einklang bringen**

Es gibt heute eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe, die nicht mehr mit der traditionellen Rolle der Hausfrau und des männlichen Ernährers übereinstimmen. Wir wollen, dass das berufliche Fortkommen von Frauen und Männern nicht mehr dadurch gehindert wird, dass sie sich zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Sie brauchen deshalb Rahmenbedingungen, um ihren individuellen Lebensentwurf frei gestalten zu können. Die Rückkehr von Frauen in das Berufsleben muss stärker als bisher gefördert werden. Daher wollen wir, dass die frauenspezifischen Angebote der ARGE – Arbeitsgemeinschaft von „Agentur für Arbeit“ und Sozialamt – ausgebaut und auch für Wiedereinsteigerinnen in den Beruf, die keine Empfängerinnen von Hartz IV sind, zugänglich gemacht werden. Flexible Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeitverkürzungen müssen verstärkt für Frauen und Männer angeboten und für beide attraktiv gestaltet werden.

### **Grüne Politik für Seniorinnen und Senioren**

Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen. Deshalb sind politische Initiativen notwendig, um ein bedarfsgerechtes Angebot für ältere Menschen bereitstellen zu können und die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Daher haben wir uns konkret folgende Ziele gesetzt:

- Ein „mobiles Rathaus“
- Die Ausweitung der Beratung für ältere Menschen
- Die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen

- Die Ausweitung der Unterstützung für ältere Menschen mit Demenzerkrankung und pflegende Angehörige. Hierzu wollen wir eine Ausdifferenzierung der Pflegearrangements auf individuell unterschiedliche Bedürfnisse sowie eine verstärkte Kooperation zwischen Laien und Professionellen.

### **Verein auf Gegenseitigkeit – Bonus für Pflege**

Wir wollen eine Organisation einrichten, die einem zukünftigen Pflegenotstand entgegensteuern kann. Ein Verein auf Gegenseitigkeit: Eine Seniorengenossenschaft. Sie soll eine ergänzende, alternative Altersvorsorge sein. Ältere Menschen, die noch im Schaffensprozess stehen, oder rüstige Seniorinnen und Senioren, können alten und gebrechlichen Menschen bei den täglich notwendigen Verrichtungen helfen und erwerben auf diese Weise Anrecht auf spätere Dienste.

Oberstes Ziel soll sein, den Mitgliedern das Wohnen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die Genossenschaft ist kein Ersatz für qualifizierte medizinische Pflege.

### **Menschen mit Migrationshintergrund in die Mitte der Gesellschaft**

Vielfalt bereichert die gesamte Gesellschaft. Integration ist ein komplexer, interaktiver und dynamischer Prozess, keine Einbahnstraße. Sie ist Aufgabe und Chance für die Zuwanderinnen und\_Zuwanderer wie auch für die Aufnahmegesellschaft. Unser Handlungskonzept für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund umfasst zwei Aspekte:

- Für Menschen mit Migrationshintergrund muss der gleiche Zugang zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen möglich sein, damit sie sich entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten uneingeschränkt entfalten und einbringen können.
- Auf der anderen Seite braucht es Bürgerinnen und Bürger, die unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft bereit sind, gemeinsam den Integrationsprozess zu gestalten, und dafür auch Sprachhindernisse überwinden wollen.

### **Spracherwerb fördern**

Spracherwerb und Sprachfertigkeiten sind die ersten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Der Erwerb von Deutschkenntnissen muss frühzeitig ermöglicht und auch gefordert werden. Daher wollen wir das Sprachförderprogramm

der Landesregierung so gestalten, dass sichergestellt wird, dass alle Kinder schon vor der Schule die deutsche Sprache erlernen können. Auch soll der Sprachförderunterricht, wo immer sinnvoll und möglich, in den Alltag der Kindertagesstätte integriert werden. Sprachkurse müssen mit der Alltagsbewältigung und familienorientierten Angeboten kombiniert werden. Im Rahmen der nachholenden Integration sind zusätzliche Maßnahmen notwendig.

### **Gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe auch für Menschen mit Migrationshintergrund**

Wir brauchen Rahmenbedingungen in Kiel, um die Bürgerinnen und Bürgern bei dem gemeinsamen Prozess der Integration in einer solidarischen und vielfältigen Stadtgesellschaft zu unterstützen. Das Referat für Migration und das „Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel“ sind gute Partner auf diesem Weg, und wir Grüne werden uns hier auch weiterhin konstruktiv einbringen. Die Förderung von Kulturvereinen aus der Migrationscommunity bleibt ein weiterer Baustein. Darüber hinaus fordern wir, den Religionsunterricht auch für andere Glaubensrichtungen zu öffnen.

### **Soziale Sicherungssysteme für Menschen mit Migrationshintergrund anpassen**

Die sozialen Dienste, die Gesundheitsversorgung sowie die Kranken- und Altenpflege sollen die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen und sich verstärkt interkulturell öffnen. Darum muss u.a. interkulturelle Kompetenz in den Ausbildungsplänen verankert und eine entsprechende Personalpolitik gewährleistet werden. Bei der Vergabe von Fördermitteln ist die interkulturelle Ausrichtung der Träger zu berücksichtigen.

### **Selbstbestimmt leben – gerade im Asylverfahren**

Flüchtlinge haben ein Recht, ihr Leben weitestgehend selber zu bestimmen. Wir werden uns in Kiel weiterhin dafür einsetzen, dass Flüchtlinge möglichst dezentral untergebracht werden. Wir wollen zudem, dass die Regelung der „eingeschränkten Freizügigkeit“ gelockert wird. Bisher muss jede/r Asylbewerber/in, die nur nach Kronshagen, Flintbek oder Raisdorf möchte, einen Antrag bei der Kreisverwaltung stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Flüchtlinge nicht für jeden

kreisüberschreitenden Weg eine Genehmigung holen müssen. Das entlastet die Verwaltung und erleichtert Flüchtlingen ihr ohnehin schon schweres Leben.

### **Rechte von Schwulen und Lesben stärken**

Der Einsatz für Rechte von Lesben und Schwulen ist selbstverständlicher Bestandteil unserer Politik. In Kooperation mit den Fachverbänden und Initiativen, die in diesem Bereich tätig sind, werden wir die kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten ausweiten, um den verschiedenen Erscheinungsformen von Diskriminierung entgegenzutreten und die Gleichstellung weiter voranzutreiben. Auch in den nächsten Jahren wollen wir den CSD – “Christopher Street Day“ – unterstützen.

### ***Kulturelle Lebensqualität***

#### **Sport fördern**

Spiel, Sport und Bewegung sind für das Wohlbefinden der Menschen unverzichtbar. Daher sehen wir in der Bewegungs-, Spiel- und Sportförderung eine Querschnittsaufgabe von entscheidender Bedeutung. Gerade für Kinder und Jugendliche stellen sportliche Aktivitäten einen wichtigen Bestandteil der Persönlichkeitsbildung und körperlichen Entwicklung dar. Leider sind Bewegungsmangel und die damit verbundenen Folgen immer häufiger schon bei sehr jungen Menschen zu beobachten.

Die Sportvereine leisten einen unschätzbaren Beitrag für eine attraktive Sportlandschaft in Kiel und erfüllen darüber hinaus eine wichtige soziale und kulturelle Funktion. Denn gerade in Zeiten zunehmender Individualisierung und Gefühlskälte kann Sport – auch generationsübergreifend – einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration und Interaktion leisten. Damit die Sportvereine den gesellschaftlichen Wandel auffangen können, wollen wir sie mit unserer Sportpolitik stärken. Folgende Ziele stehen dabei im Mittelpunkt:

- Die Sportvereine darin unterstützen, dass sie am Markt bestehen können.
- Intakte und attraktive Sportanlagen zur Verfügung stellen, d.h. insbesondere auch Sporträume für Schulen und Kitas schaffen.
- Die sozialen Kernaufgaben der Stadt im Zusammenspiel mit den Sportvereinen meistern. Dabei gezielt Projekte der Vereine für Familien, insbesondere mit Migrationshintergrund, und Projekte in sozialen Brennpunkten unterstützen.

- Konzepte für Bewegung im Rahmen der Ganztagschule unterstützen, in denen die Vereine miteinbezogen werden, d.h. die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Vereinen fördern, insbesondere im Hinblick auf den Sportunterricht.
- Kooperationsstrukturen der Stadt Kiel mit dem Kieler Sportverband und den Vereinen verbessern, um eine verbindliche Form der Zusammenarbeit im Sinne des Kieler Sportangebots zu bewirken.

### **Kultur erLeben**

Kiel hat eine lebendige Kunst- und Kulturszene. Die kommunal geförderte Infrastruktur ist dafür eine wichtige Grundlage. Wir setzen uns für den Erhalt und die ständige Modernisierung dieser Infrastruktur ein. Das gilt für das Theater mit allen fünf Sparten, die freien Theater, die soziokulturellen Zentren und insbesondere für die Vielzahl an kulturellen Initiativen außerhalb kommunaler Trägerschaft. Wir werden unseren mit den Kulturschaffenden begonnenen Dialog fortsetzen, um die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft bestmöglich erfassen, begleiten und fördern zu können. Ein Schwerpunkt unserer Kulturpolitik für Kiel ist daher die Förderung junger Künstlerinnen und Künstler unter Anderem durch die Etablierung eines Künstlerhauses, das als Anlaufstelle und als Begegnungsort von KünstlerInnen und Kunstinteressierten dienen kann.

Die Entwicklung der Kieler Museumslandschaft durch die Förderung der Zusammenarbeit der vielen Museen in unterschiedlicher Trägerschaft ist eines unserer Anliegen. Das „Museumsforum“ als Organisationseinheit aller Träger werden wir als ersten Ansatz einer stärkeren Vernetzung unterstützen.

Der Neubau eines Stadtmuseums zur Darstellung der neueren Geschichte Kiels neben dem Schifffahrtsmuseum am Wasser ist uns in naher Zukunft ein besonderes Anliegen. Zur kulturellen Aufwertung der Hörn gehört der Traditionshafen, der sich dort mit viel Engagement des Traditionshafenvereins angesiedelt hat. Wir setzen uns dafür ein, dass der Verein einen attraktiven Platz erhält.

Neben der Förderung und Stützung der städtischen Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden ist das Vorhalten kultureller Bildungsmöglichkeiten für alle Kieler und Kielerinnen ein zentrales Anliegen Grüner Politik. Die Stadtbücherei, die Volkshochschule sowie die Musikschule spielen hierbei eine wichtige Rolle. Die Musikschule hat an ihrem neuen Standort gute Voraussetzungen, sich als kulturelles

Zentrum an der Schnittstelle zwischen West- und Ostufer zu etablieren. Wir wollen die kulturpädagogischen Angebote ausbauen, das Kulturangebot auf dem Ostufer wie auch im Süden der Stadt weiter entwickeln und im Norden die kulturelle Nutzung der Festung Friedrichsort sichern.

Eine stärkere Vernetzung und ein verbessertes gemeinsames Marketing der Kulturangebote in Kiel wollen wir voranbringen.

### **Grünes Sicherheitskonzept für Kiel**

Sicherheit im öffentlichen Raum schafft Lebensqualität für alle - deshalb gehört ihre Gewährleistung zu den wichtigsten Aufgaben eines Rechtsstaates. Aber Sicherheit ist nicht gleichbedeutend mit Überwachung. Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab, denn sie ist kein geeignetes Instrument zur Verhinderung von Kriminalität. Stattdessen besteht die Gefahr des Missbrauchs. Für uns ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein schützenswertes Gut unserer Gesellschaft, das wir bewahren wollen. Deshalb setzen wir Grüne auf Prävention durch Beratung und Unterstützung statt auf populistischen Aktionismus. Unser Sicherheitskonzept baut darauf, dass Gewaltprävention am besten in der Zusammenarbeit von öffentlichen Trägern und Bürgerinitiativen gelingt.

Wir machen uns für die vielfältigen Institutionen in Kiel stark, welche sich um die Opfer wie auch die Täter von Straftaten kümmern. Ziel ist es, Sicherheit und Vertrauen für alle in der Stadt zu schaffen, besonders für Kinder und Jugendliche. Es bleibt ständige städtebauliche Aufgabe, Angsträume in öffentlichen Bereichen der Stadt zu vermeiden und weiter abzubauen. Auch wollen wir die Maßnahmen zur Entspannung der Straßenszenen, z. B. in der Kirchhofallee und auf dem Vinetaplatz weiterführen. Ein städtisches Lichtkonzept darf nicht nur ästhetischen Gesichtspunkten folgen, sondern muss zur Erhöhung der sozialen Kontrolle „Licht ins Dunkel“ bringen.

### ***Unsere Ziele für Kiel:***

- Die Mietobergrenzen von Hartz IV-Empfänger/innen erhöhen.
- Für Langzeitarbeitslose stärker den Eintritt in den 1. Arbeitsmarkt fördern, neue Förderinstrumente nutzen und frauenspezifische Angebote der ARGE ausbauen.
- Mit einem Handlungskonzept von Altersarmut bedrohte Frauen unterstützen.

- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien ausbauen.
- Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit und Bi-Kulturalität fördern.
- Ein Künstlerhaus einrichten

## **Kiel bildet für die Zukunft**

Ein gutes Bildungssystem ist die beste Sozial- und Innovationspolitik für die Zukunft. Gute Bildung verbessert Chancen von Kindern und Jugendlichen. Wissen und Kreativität ist die Ressource, aus der Innovation und wirtschaftliche Entwicklung entstehen. Der lebenslange Zugang zu Bildungsangeboten ist daher entscheidend für die soziale Gerechtigkeit und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

In unserer Gesellschaft hängt die Bildungsperspektive eines Menschen leider noch immer sehr stark von dem Lebensumfeld ab, in das er oder sie hineingeboren wird. Das wollen wir ändern. Für uns gewinnt das Wort Chancengerechtigkeit deshalb nicht erst mit dem Beginn der Schule an Bedeutung, sondern bereits in den ersten Lebensjahren. Den Eltern müssen Einrichtungen und Dienstleistungen zur Verfügung stehen, die sie zur Beratung und Unterstützung in Anspruch nehmen können, um ihren Kindern die besten Startchancen zu geben.

## ***Kinderbetreuung***

Wir Grüne wollen kindgerechte Kindertagesstätten (Kitas), in denen die Kinder ihre geistigen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten austesten und weiterentwickeln können. So werden die Grundlagen für die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen gelegt. Einrichtungen, in denen Kinder betreut werden, sind mehr als Orte der Erziehung und Betreuung. Es sind die ersten Bildungsorte.

Zu einer Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung gehören mehrere Bausteine, die wir Grüne landesweit in dem Programm „Clever Starten“ zusammengefasst haben. Für Kiel heißt das, dass wir für die Betreuungseinrichtungen verbindliche Bildungsleitlinien verankern wollen.

Auch setzen wir uns dafür ein, dass entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um verstärkt Pädagoginnen und Pädagogen mit Hochschulabschluss einzustellen sowie mehr Fort- und Weiterbildung für die Erzieherinnen und Erzieher anbieten zu können.

Um den wachsenden Aufgaben und Anforderungen in der Kinderbetreuung gerecht zu werden, setzen wir uns außerdem dafür ein, dass die Aus- und Fortbildung von

Erzieherinnen und Erziehern an europäische Standards angepasst wird. Eine individuelle Förderung der Kinder, welche von der frühkindlichen Sprachentwicklung bis zur interkulturellen Förderung viele Bereiche umfasst, erfordert qualifiziertes Personal.

Ein weiterer Baustein unseres Programms „Clever Starten“ ist die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren, womit in Kiel bereits begonnen wurde. Familienzentren erweitern das Serviceangebot für Eltern in der Kita und schaffen neue Formen der Kontaktaufnahme für die Familie. Je nach Bedarf können im einzelnen Stadtteil Babysitterdienste, Familienbildung und -beratung, Integrationskurse für Eltern mit Migrationshintergrund, medizinische Untersuchungen sowie Sprach- oder Ergotherapie und vieles mehr angeboten werden. Damit erhalten Eltern Hilfe aus einer Hand. Der Vorteil eines solchen vernetzten Angebotes ist, dass passgenaue Hilfsangebote schnell aufeinander abgestimmt und in den Kindertagesstättenalltag integriert werden können.

Zu einer qualifizierten Weiterentwicklung der Kindertagesstätten- und der Tagespflege gehört auch ein qualitativ gutes Verpflegungsangebot, verbunden mit Ernährungskunde und Bewegungsangeboten. Wir streben an, gemeinsam mit den Kieler Kindertagesstätten Standards zu erarbeiten und zu vereinbaren. Dass dieses notwendig ist, hat der bundesweit erstellte Kinder- und Jugendgesundheitsbericht deutlich gemacht: Über 20 Prozent aller Kinder haben kein normales Essverhalten, sind übergewichtig, magersüchtig oder mangelernährt.

Auch ein weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Plätze ist notwendig. Dies gilt insbesondere für Betreuungsangebote für unter Dreijährige und für längere Öffnungszeiten. Seit Grüne in Kiel mitregieren, haben sich die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren von 220 auf über 963 Plätze erhöht. Wir werden uns für einen weiteren Ausbau einsetzen, um zumindest die Vorgaben der Bundesregierung – bis 2013 einen Versorgungsgrad von 35 Prozent zu erreichen – zügig und bedarfsgerecht umzusetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns wichtig. Wir wollen, dass Eltern sich – wie in anderen europäischen Ländern auch – keine Sorgen um die Kinderbetreuung machen müssen.

Unser Ziel ist es, das möglichst alle Kinder frühzeitig von der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten profitieren. So können neue soziale Erfahrungen gesammelt, so kann der Bildungshunger gestillt werden. Wir werben dafür, dass auch mehr Familien mit Migrationshintergrund als bisher dieses Angebot annehmen,

damit die Kinder schon vor der Schule die Chance haben, die deutsche Sprache zu lernen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das letzte Kita-Jahr vor der Schule verpflichtend und dementsprechend für die Eltern kostenfrei wird. Wir erwarten, dass der Landtag seinen Beschluss, ein kostenfreies Kindertagesstättenjahr einzuführen, zügig umsetzt und dass die Landesregierung den Kommunen dementsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Damit würden auch die Eltern von den hohen Betreuungskosten finanziell entlastet.

In Stadtteilen mit hoher Kinderarmut haben wir aber noch ganz andere Sorgen: Hier kommt es zunehmend vor, dass Kinder tagelang ohne warme Mahlzeit auskommen müssen. Deshalb haben wir Grüne uns in den letzten Jahren dafür eingesetzt, dass Stadtteilkonferenzen kostenlose Mittagstische und andere Angebote in den einzelnen Stadtteilen koordinieren, und die Stadt Kiel hat dafür im Jahr 2006 über 750.000 Euro bereitgestellt. Auch zahlen einkommensschwache Eltern in Kiel für einen Ganztagsplatz in der Kita einschließlich Mittagessen höchstens 28 Euro im Monat. Dennoch melden einige Eltern ihre Kinder aus Kostengründen nicht in der Kita, bzw. nicht zum Mittagessen an. Deshalb fordern wir, dass das Land gemeinsam mit den Kommunen und gerne auch mit Beteiligung der Wirtschaft einen Sozialfonds auflegt, damit kein Kind aus Kostengründen von der warmen Mahlzeit in der Kindertagesstätte und in der Schule ausgeschlossen wird.

### ***Eine für alle – Gemeinschaftsschulen für Kiel***

Kinder und Jugendliche haben ganz unterschiedliche Stärken. Wir wollen Schulen, die darauf Rücksicht nehmen. Eine für alle – das ist unser Konzept von guter Schule. In der Gemeinschaftsschule lernen Kinder und Jugendliche zehn Jahre lang gemeinsam und werden individuell gefördert. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass damit gute Lernerfolge für alle Kinder verbunden sind.

Für uns ist die Gemeinschaftsschule der Weg in Richtung Zukunft, den wir mit Eltern, Lehrenden, Schülerinnen und Schülern gemeinsam gehen wollen. Wir können es uns nicht leisten, Kinder aufzugeben, die im Alter von zehn Jahren nicht in vorgefertigte Schablonen passen.

Die Umwandlung der drei Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen, nach dem Schulgesetz obligatorisch, wird dem Bedarf aber nicht gerecht. Mittelfristig wollen wir deshalb, dass alle Schülerinnen und Schüler in Kiel eine Gemeinschaftsschule

besuchen können, die einen direkten Übergang in eine gymnasiale Oberstufe ermöglicht.

Wir wollen allen Schulen, die sich zurzeit auf Grundlage des Schulgesetzes in der Umwandlung befinden, Zeit und Unterstützung bei diesem Prozess geben.

### ***Ganztagsschule***

Wir wollen Schulen, in die Kinder und Jugendliche gern gehen. Sie sollen hier ihre Freizeit verbringen können. Die gebundenen Ganztagsschulen in Kiel zeigen, wie die Mischung aus Unterricht und Freizeit eine neue Lern- und Lebensqualität mit sich bringt. Darum setzen wir uns für mehr gebundene Ganztagsschulen ein, die gerade auch unter den Aspekten der Integration, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und des sozialen Lernens viele Vorteile haben. „Schule wie bisher – nur den ganzen Tag“, das ist nicht unser Ansatz. Ganztagsschulen erfordern ein pädagogisches Konzept und die nötigen Rahmenbedingungen mit genügend qualifiziertem Personal. Der Ansatz der Stadtteilschule, wie sie in Gaarden geplant wird, ist zukunftsweisend. So kann Schule zu einem Kern sozialen Lebens im ganzen Stadtteil weit über den Schulbetrieb hinaus werden. Wir wollen, dass zumindest in allen Schulen, an denen Nachmittagsangebote stattfinden, eine gesunde und leckere Mahlzeit zu bezahlbaren Preisen angeboten wird. Kinder von Familien mit geringem Einkommen sollen mithilfe eines Sozialfonds unterstützt werden.

### ***Schulautonomie***

Schulen brauchen Luft zum Atmen. Wir Grüne wollen den Schulen mehr Freiheit geben. Die Kompetenzen in der Schulpolitik sind zwischen Land und Kommune aufgeteilt. Wir Grüne werden uns im Kieler Rat dafür einsetzen, den Schulen mehr Gestaltungsmöglichkeit zu geben. Höhere Lernqualität entsteht an Schulen, in die man gerne geht! Wer Bürokratie abbauen will, kann damit bei den Schulen anfangen: Wir wollen, dass die Schulleiter/innen nicht nur das Budget für Lehr- und Lernmittel, sondern auch das für die Reinigung und die laufende Bauunterhaltung direkt bekommen. Damit steigt der Gestaltungsspielraum der Schulen. Wir sind der Meinung, dass die Schulen selbst am besten wissen, wofür ihre finanziellen Mittel ausgegeben werden sollten – ob nun für neue Fliesen, einen Kopierer oder für ein Theaterprojekt.

Wir wollen, dass Schulen sich auch vermehrt um eigene Einnahmen kümmern können. Einnahmen, z. B. aus Energie- und Wassereinsparungen, sollen dabei der Schule selbst zufließen. Das ist schon heute in Neumünster bewährte Praxis. Die Eigeninitiative von Schulen wollen wir belohnen.

### ***Schulsozialarbeit***

Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil für ein Bildungssystem, in dem jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft die gleichen Chancen haben soll. Deshalb ist es dringend notwendig, dass der von uns begonnene Ausbau der Schulsozialarbeit fortgeführt und insbesondere auch auf die unterschiedlichen Problemlagen der einzelnen Stadtteile eingegangen wird.

### ***Jugendpolitik***

Ein besonderes Anliegen ist für uns eine umfangreiche Kinder- und Jugendarbeit, die außerhalb von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen ein wichtiges ergänzendes Bildungsangebot darstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendeinrichtungen und -treffs eine bedarfsgerechte personelle und finanzielle Ausstattung erhalten. Bei den Angebotsplanungen ist uns eine Einbeziehung des Kieler Jugendringes und seiner Mitgliedsverbände wichtig. Darüber hinaus streben wir eine noch intensivere Kooperation zwischen Jugendhilfe, Vereinen, Verbänden und Schulen an, die verbindlich geregelt werden soll.

Wir setzen uns für familienfreundliche Tarifangebote des Öffentlichen Nahverkehrs im Rahmen des Schleswig-Holstein-Tarifs ein, um so die Mobilität der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen.

### ***Berufsausbildung***

Die Sicherstellung der Erstausbildung für alle Jugendliche ist eines der wichtigsten Ziele unserer Bildungspolitik. Wir wollen, dass alle Schulabgänger/innen mit oder ohne Abschluss, gemäß ihren Fähigkeiten und Neigungen, einen Ausbildungsplatz oder eine weiterführende Schulausbildung erhalten. Dafür streben wir gemeinsame Initiativen von Wirtschaft, Schulen, Jobcenter, ARGE sowie Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen an.

## **Hochschule**

Die Kieler Hochschulen sind von zentraler Bedeutung für unsere gesamte Stadt und bieten vielen jungen Menschen die Möglichkeit, aus einem vielfältigen Angebot von Studiengängen zu wählen. Dabei verfügen wir in unserer Stadt auch über eine Reihe von bundesweit herausragenden Forschungseinrichtungen, was u.a. die drei Projekte beweisen, die im Rahmen der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern gefördert werden. Wir wollen die Rahmenbedingungen zum Studieren und Forschen in Kiel noch attraktiver machen, denn unsere Hochschulen bereichern unsere Stadt um aktive junge Menschen und neue Ideen für die Zukunft.

Auch im Bereich der Hochschulbildung ist es für uns von besonderer Bedeutung, dass nicht die soziale Herkunft ausschlaggebend für den Bildungsweg ist, sondern die individuellen Begabungen und Vorstellungen jedes Einzelnen. Wir lehnen daher die Einführung von Studiengebühren beim Erststudium ab. Denn Bildung ist für uns keine Ware, die beliebig auf ökonomische Verwertbarkeit getrimmt werden kann, sondern ein Grundrecht, das jedem Menschen zugänglich sein muss.

Ein vielfältiges und lebendiges Kiel wäre für uns undenkbar ohne den Beitrag vieler Studierender im sozialen und kulturellen Leben unserer Stadt. Daher wollen wir das Begrüßungsgeld für Studierende, die ihren ersten Wohnsitz in Kiel beziehen, beibehalten. Außerdem unterstützen wir die organisierte Studierendenschaft bei ihrem Konzept, das Semesterticket zu einem landesweit nutzbaren ÖPNV-Ticket auszubauen.

## **Weiterbildung**

Nach unserem Verständnis endet der Bildungsweg eines Menschen jedoch nicht nach der Absolvierung einer Berufsausbildung oder mit dem Verlassen einer Hochschule, sondern wird das gesamte Leben hindurch beschritten. In unserer Wissensgesellschaft werden beständige Weiterqualifizierung und Neuorientierungen zunehmend wichtiger. Eine aktive Weiterbildungspolitik muss auf verschiedensten Ebenen erfolgen. Hier spielen nicht nur die Hochschulen und privaten Weiterbildungseinrichtungen eine wichtige Rolle, sondern insbesondere auch die Volkshochschule.

## **Unsere Ziele für Kiel:**

- Kinderbetreuungsplätze ausbauen und verbindliche Bildungsleitlinien für alle Einrichtungen einführen.
- Allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zum Besuch einer Gemeinschaftsschule geben.
- Die Jugend- und Mädchentreffs mit einer ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung bedarfsgerecht sichern.
- Die Erstausbildung für alle Jugendlichen sicherstellen.
- Ein landesweit nutzbares Semesterticket für Studierende.

## **Urbanität und Ökologie: besseres Klima für Kiel!**

Unsere Vision von Kiel als grüner Stadt an der Förde verbindet Ökologie mit urbaner Lebensqualität. Kiels Stärken als maritimer Standort mit sauberer Luft und der Ostsee mitten in der Stadt wollen wir weiter ausbauen. Gerade wir an der Küste wissen: Wir müssen das Ruder umwerfen hin zu einer klimafreundlichen und ressourcenschonenden Wirtschafts- und Lebensweise. Deshalb muss Klimaschutz als strategisches Ziel für Kiel festgeschrieben werden.

Innovative Lösungen für Verkehr und Energieversorgung in einer modernen, klimafreundlichen Großstadt stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Statt der Betonpolitik des Industriezeitalters, die auf Großkraftwerke und vielspurige Stadtautobahnen gesetzt hat, wollen wir eine Stadtentwicklung, die die Vernetzung dezentraler Mittelpunkte fördert: Leben und Lernen, Einkaufen und Arbeiten, aber auch die Energieproduktion können vor Ort in den Stadtteilen stattfinden. **Mit weiteren Verbesserungen für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen sowie einer modernen StadtRegionalBahn, die Stadtteile und Förderregion schnell und umweltfreundlich erschließt, schaffen wir mehr Platz für Mensch und Natur in der Stadt.** So erhöhen wir die Attraktivität Kiels für seine Einwohner/innen und Gäste und gestalten zugleich mit lokalen Initiativen die globalen Herausforderungen des Klimawandels.

## **Urbanes Leben**

Vor über 20 Jahren titelte die überregionale Tageszeitung „taz“: „Das Beste an Kiel ist die Autobahn nach Hamburg.“ Heute stellt es sich anders dar. In der Außen- und in der Selbstwahrnehmung ist Kiel nicht mehr die graue Maus mit Marine und

Werften, sondern ein interessantes Ausflugsziel, macht seiner Bevölkerung und seinen Gästen attraktive Freizeit- und Unterhaltungsangebote und stellt sich als Handels- und Dienstleistungsstadt zunehmend besser auf.

Grüne Politik sieht sich dabei den vielfältigen Lebensentwürfen und Lebensformen in der Stadt verpflichtet. Wir streben integrierte Stadträume an, in denen Wohnen, Freizeit und Arbeit sowie Schule und Kindergarten auf kurzen Wegen und unabhängig von der Nutzung eines eigenen Autos erreicht werden können. Dank grüner Politik wurde der Flächenfraß am Stadtrand gestoppt. Die Einwohnerzahl Kiels ist jetzt stabil. Durch Ausweisung hochwertiger Bauflächen in Innenstadtlage konnten Menschen aus dem Umland als Kielerinnen und Kieler gewonnen werden. Das Angebot an modernen, kind- und familiengerechten Wohnanlagen ist jedoch nicht ausreichend. Wir wollen uns deshalb dieser Aufgabe verstärkt widmen. So möchten wir zur Quartiersentwicklung anregen, z. B. durch Begrünung von Innenhöfen oder durch die Entwicklung von Housing Improvement Districts (HID's) – Projekte, bei denen Kommunen und Immobilieneigentümer als Partner die gleiche Verantwortung haben und dadurch demokratisch gewonnene Lösungen für quartierspezifische Probleme entwickeln können.

Wir wollen nachbarschaftliches Wohnen in generationenübergreifenden, sozialen und ökologischen Wohnformen unterstützen. Das Spektrum, das ein Wohnprojekt in der Organisation einer Genossenschaft bieten kann, reicht von der Kinderbetreuung über die Existenzgründung und Ausübung freier Berufe oder künstlerischer Tätigkeit bis hin zu Hilfeleistung für Ältere, Eingliederung Behinderter und der Möglichkeit, Leben und Arbeit am selben Ort zu ermöglichen. Wir wollen bestehende und neue Gruppen bei der Finanzierung der Genossenschaftsgründung und dem Hausbau bzw. Sanierung unterstützen, indem in Frage kommende Grundstücke nachgewiesen und mit Erbbaurecht ausgestattet werden. Alternative Wohn- und Lebensformen wie am Aubrook wollen wir sichern.

Die Bauflächen an der Hörn müssen stärker als bisher für Wohnungsnutzung zur Verfügung stehen. Die Bahnhofsnähe und die attraktive Lage bieten jede Menge Potenzial zur Entwicklung des Geländes. Dadurch können auch positive Impulse auf Gaarden – die multikulturelle Mitte der Landeshauptstadt – ausgehen. Gaarden soll stärker in das städtische Leben integriert werden, z. B. durch die Verlegung des Internationalen Marktes im Rahmen der Kieler Woche hierhin.

Das Thema Architektur und Baukultur zu fördern, ist auf Bundesebene vor allem mit Unterstützung von uns Grünen inzwischen fest verankert. Auf Landesebene wurde das Objekt „Architektur macht Schule“ angeschoben. Damit ist für Kiel ein guter Handlungsrahmen vorhanden, um dieses Thema voranzubringen. Besonders wichtig ist eine öffentliche Debatte bei entscheidenden Bauvorhaben, die das Stadtbild und das Umfeld beeinflussen, wie bei der Umgestaltung des Parkhauses am ZOB oder beim geplanten „Science-Center“ an der Hörn.

### ***Altstadt***

Wir Grüne setzen uns für die Weiterentwicklung der Altstadtinsel zur urbanen Mitte Kiels ein. Auf den Flächen der ehemaligen Feuerwache sollen attraktive Wohnungen geschaffen werden, um der Monostruktur entgegenzuwirken und die Innenstadt wieder zu beleben. Der Warleberger Hof soll erhalten bleiben und sich als Adelshof darstellen. Eine gastronomische Nutzung des Kellergewölbes und des Erdgeschosses wird angestrebt. Ein Neubau des Stadtmuseums neben dem Schifffahrtsmuseum soll Raum schaffen, um die Kieler Stadtgeschichte in einer ständigen Ausstellung bis in die Neuzeit zu präsentieren. Wir wollen dem Alten Markt durch Abriss der Pavillons sein Flair als historisches Herz der Altstadt zurückgeben. Die Fehlplanungen der 1950er Jahre um die Eggerstedtstraße müssen zurückgenommen werden. Ein Rückbau des Schlosses ist für uns nicht ausgeschlossen. Der Pelli- (oder auch Rantzau-) Bau bleibt unangetastet. Kaufleute und Immobilieneigentümer wollen wir dabei an der Entwicklung wie auch den Kosten beteiligen.

### ***Innenstadt und Stadtteilzentren***

Zur Stärkung der Innenstadt als attraktives Einzelhandelszentrum für Kiel und die Förderregion befürworten wir die Realisierung der Rathausgalerie als zweiten Einzelhandelsmagnet auf dem ehemaligen Gelände der Kieler Nachrichten. Auch unterstützen wir die Schließung der Holstenbrücke für den Individualverkehr und den Rückbau der Andreas-Gayk-Straße zu Gunsten des Holstenplatzes, um Raum zum Verweilen und Flanieren für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen zu schaffen. Wir Grüne setzen uns für die Verbesserung der Einzelhandels-Nahversorgung in den Stadtteilen ein. Für Mettenhof, Dietrichsdorf und die Wik befürworten wir die Planungen für die Ansiedlung weiterer attraktiver Nahversorger. In bestehenden

Stadtteilzentren soll die Aufwertung des öffentlichen Raums, wie z.B. in Suchsdorf und am Langen Rehm, fortgeführt werden.

Die Entwicklung des Lebensmitteleinzelhandels beobachten wir mit Sorge. Es hat ein risikoreicher Wettbewerb eingesetzt, der auf Kosten bestehender Nahversorgungsstrukturen auf eine rein automobilen Versorgung setzt. Weitere Entwicklungen des Lebensmitteleinzelhandels bedürfen einer städtischen Steuerung. Daher befürworten wir vor der Zulassung weiterer Märkte eine umfassende Überarbeitung des Einzelhandelskonzepts der Stadt.

Einen großen Erfolg unserer Politik stellt die innovative Bauausstellung (InBA) 2008 mit dem Schwerpunkt „energetisches Bauen“ dar. Ein Ergebnis der InBA ist u.a. das Projekt eines Passivhaus-Einkaufszentrums in der Wik, das ökologisch bewusstes Wirtschaften unmittelbar erlebbar macht und auch Aushängeschild einer urbanen, modernen und umweltfreundlichen Stadt werden kann.

## **Förde**

Die Lage Kiels an der Förde spielt unserer Überzeugung nach eine entscheidende Rolle für die gesamte Stadtentwicklung. Die Wasserlagen der Stadt sind den unterschiedlichen Nutzungen entsprechend zu entwickeln. Kein wasserbezogener Nutzungsanspruch darf zukünftig dominieren bzw. zu kurz kommen: Kiel ist und bleibt die Stadt am Wasser!

Von besonderer Bedeutung ist für uns, dass das Fördeufer öffentlich zugänglich und nutzbar wird. Dafür soll ein Rahmenplan unter Einbeziehung der Nachbarorte aufgestellt werden. Ein wichtiges Ziel unserer Politik ist es, den gesamten Uferbereich vom Bahnhofsvorplatz/Hörn, über Schweden- und Bollhörnkai bis zur Kiellinie erlebbarer zu machen. Der komplette Abzug des Marinegeschwaders MFG 5 vom Fliegerhorst Holtenau im Jahr 2012 eröffnet die große Chance einer zivilen Nachnutzung des gesamten Unterlandes zwischen Holtenau und Pries/Friedrichsort. Von Holtenau bis Schilksee wollen wir die Wasserlage für den Tourismus naturnah gestalten.

Wir Grüne fordern den Erhalt des Seebades Düsternbrook und setzen dafür auf eine attraktive Konzeption zum Baden in der Förde als Erlebnis für Jung und Alt.

Die Potenziale der Schwentinemündung wollen wir weiter entwickeln. In den kommenden Jahren besteht durch die Schließung und Veränderung von Bundeswehr- und Marinestandorten die Chance zur Neugestaltung begrünter und

abwechslungsreicher Wohn- und Naherholungsflächen. Wir wollen den Ostuferwanderweg von Hasselfelde bis nach Mönkeberg ausweiten und machen uns für eine Fortführung des Wanderweges südlich der Schwentine einschließlich der Öffnung der Arsenalmole stark. Mit Unterstützung von uns Grünen wurde das Fördeufer vor Hasselfeld erfolgreich zu einem Badestrand umgestaltet. Dies darf durch einen Kraftwerksneubau nicht wieder rückgängig gemacht werden, der den gesamten Ostuferbereich mit zusätzlichem Dreck durch Kohlenhalden und Abgase belasten würde.

## **Verkehr**

Wir treten entschieden für die Verringerung der Verkehrsbelastung in den Wohnquartieren durch Einführung und Ausweitung von „Tempo-30-Zonen“ ein. Autos müssen runter von den Gehsteigen und den Städtischen Plätzen, um Raum für Freizeit und Spiel zu schaffen. Wir fordern 25 Prozent von Wilhelm-, Blücher- und anderen Plätzen für Freizeitnutzung rund um die Uhr, wie es bereits am Europaplatz, Holstenplatz und Bootshafen umgesetzt worden ist. An der von uns eingeführten Gebührenfreiheit für Straßencafés halten wir fest, um die Kieler Plätze stärker zu beleben.

Wir unterstützen die Bestrebungen der Stadt Kiel, bis 2015 den Radverkehrsanteil um 50 Prozent gegenüber heute zu steigern. Deshalb wollen wir die konsequente und erfolgreiche Förderung des Radverkehrs fortsetzen. Neben dem Ausbau des Veloroutennetzes legen wir Wert auf Qualitätsverbesserungen der Radverkehrsanlagen in den Stadtteilen, z.B. durch asphaltierte Fahrradstreifen auf Kopfsteinpflasterstraßen.

Die Fahrradstation am Bahnhof wird dank unserer Politik endlich umgesetzt. Doch auch das Fahrradparken in den Stadtteilen wollen wir verbessern. Wir schlagen vor, im Rahmen eines Pilotprojekts im Stadtteil Südfriedhof sowohl im öffentlichen Raum als auch auf privaten Grundstücken mehr sichere Abstellanlagen zu schaffen. Dabei wird auch „Einkaufen mit dem Fahrrad“ verbessert. Bei Bewährung des neuen Systems der öffentlichen Leihräder sollte das Angebot ausgeweitet werden.

Wir wollen ein Pilotprojekt für „Geteilte Räume“ umsetzen. Zur Regelung des Verkehrs werden hier nicht mehr Vorschriften und Verbote benutzt, sondern es wird auf ein partnerschaftliches Miteinander und gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer/innen gesetzt. Auffälligstes Merkmal bei der Umsetzung des

Konzepts ist, nach Möglichkeit sämtliche Verkehrsschilder, Ampeln und Straßenmarkierungen abzubauen. Fuß- und Radwege werden entfernt, es gibt nur noch eine Verkehrsebene. Dieses Konzept wurde schon in mehreren europäischen Städten erfolgreich umgesetzt. Eine geeignete Straße dafür soll auf Vorschlag der Ortsbeiräte gefunden werden.

Auch setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Qualitätsverbesserung der Personenschiffahrt ein, wie z.B. durch die Erweiterung der Anfahrpunkte der Schwentinelinie von Reventlou bis zum Bahnhof und die Erhöhung der Taktfrequenz dieser Linie. Das Bussystem möchten wir vorerst erhalten und durch gezielte Maßnahmen optimieren. So soll die Taktfrequenz in den Abendstunden erhöht werden, u.a. durch den Einsatz kleinerer Busse und Busrufsysteme. Bei annähernd gleichen Betriebskosten kann so ein deutlich besseres Angebot für den Nachtverkehr geschaffen werden.

Ein Flughafen, den keiner braucht, benötigt auch keine Subventionen! Der millionenschwere und vollkommen unsinnige Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau ist auch dank unseres jahrelangen Kampfes endlich vom Tisch – aber immer noch zahlen Stadt und Land jährlich 1,5 Millionen Euro für den Unterhalt eines Flughafens, auf dem keine einzige Linie mehr landet. Wir wollen Schluss machen mit diesen überflüssigen Subventionen für das klimaschädlichste aller Verkehrsmittel.

### **StadtRegionalBahn (SRB)**

Eine moderne und ökologisch orientierte Stadt benötigt einen leistungsfähigen und bequemen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die StadtRegionalBahn (SRB) ist für uns dabei das zentrale Projekt, um die Qualität zu verbessern sowie Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern. Wir wollen den Einstieg in die Umsetzung! Eine Weiterverfolgung der autoorientierten Planung einer Osttangente halten wir deshalb für entbehrlich. Gerade das Kieler Ostufer würde von einer schnellen und komfortablen Anbindung durch die StadtRegionalBahn besonders profitieren.

Die Mobilität der Zukunft muss umwelt- und bürgerfreundlich, schnell, bequem und attraktiv sein. Die SRB verbindet Stadt und Region direkt und ist eine gute Alternative für die bisher auf das Auto angewiesenen Verkehrsteilnehmer/innen. Die modernen Fahrzeuge der SRB sind barrierefrei und verbrauchen durch ihr geringeres Gewicht im Vergleich zu den herkömmlichen Schienenfahrzeugen deutlich weniger Energie.

Kiel profitiert von der SRB durch eine starke Verringerung der PKW-Pendlerströme aus dem Umland. Weniger Lärm, weniger Abgase und weniger Flächenverbrauch – auch im Hinblick auf die Parksituation in der Innenstadt. Größtenteils eigene Trassen machen die StadtRegionalBahn stauunabhängig und schnell. Eine hohe Taktdichte, genügend Platz für Fahrräder und gut abgestimmte Zubringerdienste durch Buslinien tragen darüber hinaus zur Attraktivität der SRB bei.

Ist die StadtRegionalBahn eine Illusion? Nein, sie fährt bereits, z.B. in Chemnitz, Heilbronn, Saarbrücken und Karlsruhe. Dort stieg die tägliche Nutzerzahl von 2.200 (1993) auf 14.000 (1997). Auch ist sie mit 356 Millionen Euro Investitionskosten sehr kostengünstig. Von diesen Kosten verbleiben ca. 10-15 Prozent bei der Stadt Kiel, verteilt auf mehrere Jahre Bauzeit. Betrachtet man dagegen die Kosten der Umweltbelastung, des Flächenverbrauchs für neue Straßen, der Lärmschutzmaßnahmen, Abgasverschmutzung usw., dann rechnet sich die SRB für die Menschen und ihre Gesundheit, für das Klima in jedem Falle. Mit der SRB werden überdies jährlich 43 Millionen PKW-Kilometer eingespart.

## ***Energiepolitik***

Zu einer klimafreundlichen und ökologischen Stadt passt keine Dinosaurierpolitik bei der zukünftigen Kieler Energieversorgung. Wir Grüne lehnen den geplanten Bau eines Kohlekraftwerkes mit 800-Megawatt-Kapazität entschieden ab. Die Verbrennung von jährlich 1,8 Millionen Tonnen Steinkohle würde ca. 5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> erzeugen. Neue Kohlekraftwerke, die wie in Kiel bis 2060 am Netz sein würden, zementieren die kohle- und CO<sub>2</sub>-lastige Energieerzeugung. Kiel braucht ab 2015, wenn das jetzige Kraftwerk stillgelegt wird, eine klimaschonende Energieversorgung, die auch das Klimaziel der Bundesregierung lokal erreicht, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu senken.

Wir wollen für Kiel eine dezentrale Versorgung mit Wärme und Strom aus der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die wärmeseitig gefahren wird. Das heißt: Die abgerufene Wärme in der Kieler Region bestimmt die Stromerzeugung. Dieses Energiekonzept nutzt die Energieträger effektiv aus, vermindert Wärmeverluste auf dem Transportweg und vermeidet CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die vorhandenen Kraft-, Heiz- und Blockheizkraftwerke in den Stadtteilen bilden hierbei die Grundlage für unser dezentrales, wärmegeführtes Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept. Die

erforderlichen Kraftwerkskapazitäten müssen sich nach dem zukünftigen Fernwärmebedarf in der Kieler Region richten. Dabei sind zu berücksichtigen:

- Neue Fernwärmeanschlüsse durch Erschließung neuer Gebiete und Rückbau der parallelen Gasdirektversorgung
- Sinkender Wärmebedarf der Häuser dank der Wärmedämmung in den Gebäuden
- Geringere Wärmeverluste durch die Umstellung der Fernwärme von Heizdampf auf Heizwasser sowie einem steigenden Nahwärmeanteil
- Vorhandene dezentrale Wärmeerzeugungsanlagen
- Neue dezentrale Nahwärmeerzeugungsanlagen im Stadtgebiet
- Das verstärkte Energiesparen – Strom und Wärme – wegen des Klimawandels und auf Grund weiter steigender Energiepreise

Als Brennstoff schlagen wir die Nutzung von fossilem Gas sowie Biomasse aus der Kieler Region vor, später Biogas. Für die Biomassenutzung – z.B. Holzhackschnitzel – bieten sich die Standorte Wik und Hasselfelde mit jeweils 20 Megawatt an.

Wir Grüne wollen das hohe Potenzial der oberflächennahen und der tiefen Geothermie in Kiel für die Energieerzeugung nutzen; ein möglicher Standort in Kiel könnte Suchsdorf an der Au sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kieler Stadtwerke sich an einem Offshore-Windpark beteiligen, sowie an neuen Turbinen in der Schwentinemündung zur Stromgewinnung.

Das Kraftwerk Humboldtstraße und die vier städtischen Heizwerke wollen wir auf einen Betrieb ohne Heizöl, mit Erdgas oder Biomasse sowie Kraft-Wärme-Kopplung umstellen. Denkbar sind Gas- und Dampfturbinenprozess-Kraftwerke.

In nicht fernwärmeversorgten Bereichen mit hohem Wärmebedarf sollen KWK-Anlagen neu errichtet werden, z.B. auf dem Industrieareal Wellsee, dem Industriegebiet Friedrichsort, dem Olympiazentrum Schilksee, dem Gewerbegebiet Tannenbergr, dem Citti-Park etc.

Um den Ausbau der Solarthermie und der Fotovoltaik in Kiel voranzubringen, muss die Stadt geeignete Dachflächen städtischer Gebäude für Bürgersolaranlagen bereitstellen.

## **Grünflächen, Naturschutz und Forst**

Wir Grüne machen uns für die Umsetzung des Waldentwicklungskonzeptes und den Erwerb sowie die Aufforstung neuer Flächen stark. So haben wir die Waldflächen der Stadt um 50 ha ausgeweitet. In den kommenden Jahren soll darüber hinaus vor allem in Schwartenbek ein größerer Stadtwald entstehen. Dadurch erhält Kiel zusätzliche sowie größere Erholungsräume und gleichzeitig wird das städtische Mikroklima aufgewertet. Die verbesserte Pflege der Alleen und Straßenbäume leistet hierzu ebenfalls ihren Beitrag. Wir Grüne haben erfolgreich die Weichen für die Bewahrung des Charakters der 175 Jahre alten Hamburger Chaussee von Kiel nach Altona gestellt. Dieser Straßenzug wird durch die Pflege und Neupflanzung von Alleebäumen wieder nach historischem Vorbild ergrünen.

Wir setzen einen Themenschwerpunkt in der kommunalen Umweltpolitik bei der Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten. Die Zahl der renaturierten Flächen wächst mit Unterstützung der Grünen, allerdings hat die Stadt in den letzten 15 Jahren keine neuen Gebiete ausgewiesen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Der rechtliche Schutz von für die Stadtökologie hochwertigen Flächen wird immer wichtiger, je weniger Wert die Landesregierung dem Umweltschutz beimisst.

Die Ausgleichsmaßnahme alter Moorsee muss endlich umgesetzt werden. Auch möchten wir weitere Flächen für Kleingärten nördlich des Kanals zur Verfügung stellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf den Flächen, die sich im Eigentum der Stadt befinden, keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden. Pächter/innen kommunaler Flächen werden bei der Neuverpachtung und Verlängerung von Pachtverträgen vertraglich verpflichtet, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten. Wir werden nichts unversucht lassen, damit Kiel in der Landwirtschaft gentechnikfrei bleibt!

### **Unsere Ziele für Kiel:**

- Die Innenstadt integriert entwickeln, die Altstadtinsel deutlich aufwerten.
- Rund um die Förde Raum für urbanes Leben und Wohnen schaffen.
- Kiel für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen noch attraktiver machen.
- Die StadtRegionalBahn realisieren.

- Kein neues Kohlekraftwerk, sondern die bestehende dezentrale Energieversorgung ausbauen und mehr Anreize zum Energiesparen setzen.

## **Innovativer und vernetzter Wirtschaftsraum**

Kiels Wirtschaftsstruktur bietet einen einzigartigen Mix aus Industrie, Handel, Wissenschaft und Tourismus. Zusammen mit einem intensiv vernetzten regionalen Wirtschaftsraum braucht die Landeshauptstadt den Wettbewerb auch mit Ballungsräumen wie Hamburg nicht zu scheuen.

Wir wollen Kiel als maritime und weltoffene Universitätsstadt weiterentwickeln, mit dynamischen und kreativen Unternehmen, gesunder Umwelt und damit hoher Lebensqualität. Dafür bedarf es einer grünen Wirtschaftspolitik. Nur die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie schafft sichere Arbeitsplätze in Kiel und garantiert ein innovatives Wirtschaftsklima für ein nachhaltiges und qualitatives Wachstum. Wir setzen uns deswegen für mehr Energieeffizienz sowie ein aktivierendes Gründungsklima ein und werden den Technologiestandort Kiel weiter stärken.

### ***Vernetzter Wirtschaftsraum***

Schleswig-Holstein ist ein Flächenland. Deshalb kommt den Städten Kiel und Lübeck sowie den Mittelzentren entscheidende Bedeutung zu, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region zu behaupten. Wir unterstützen die gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Kiel, Neumünster sowie die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde. Eine wichtige Aufgabe wird es sein, Kieler Unternehmen für eine stärkere Zusammenarbeit mit der umliegenden Region zu gewinnen, um wirtschaftliche Kristallisationskerne und damit Wachstumszonen zu schaffen. Wir wollen, dass Kiel die Lokomotivfunktion und die Partnerrolle einnimmt, mit dem Ziel, die Region stärker als bisher zu einem innovativen regionalen Wirtschaftsraum mit folgenden Schwerpunkten umzugestalten:

- Die Umgestaltung der Kieler Energieversorgung vom Großkraftwerk zur dezentralen Energieversorgung unter Einbeziehung bestehender KWK-Anlagen
- Der Kieler Hafen als Tor zur Nord- und Ostsee und wichtiger Handelsstützpunkt im nord- und osteuropäischen Wirtschaftsraum
- Gemeinsames Tourismus- und Wellnesskonzept für Kiel und die Förderregion
- Weiterer Ausbau der Vernetzung der bestehenden Kliniken, medizinischen Hochschulen und Medizintechnik-Hersteller zu einem bedeutenden Cluster für

Gesundheitswissenschaft und -technologie im nord- und mitteleuropäischen Raum

- Stärkung Kiels als Leuchtturm für Bildung, Wissenschaft und Innovationskraft in Norddeutschland

### ***Hafenentwicklung und maritime Technologie***

Wir Grüne stehen für eine Hafenentwicklung, die auf einen behutsamen, auf Effizienzsteigerung bedachten Ausbau der Kapazitäten, intensive Nutzung der Flächen sowie auf schnelleren Umschlag an den Schnittstellen Schiff, Schiene und Straße setzt. Das Motto heißt „Information statt Fläche“. Außerdem wollen wir, dass mehr Ladung über die Schiene oder das Schiff anstatt über die Straße abgewickelt wird, und unterstützen deshalb den bedarfsgerechten Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals zwischen Königsförde und Holtenau. Eine feste Querung des Fehmarnbelts lehnen wir weiterhin ab, weil dadurch mehr Güterverkehr auf die Straße geholt und dem Kieler Hafen geschadet wird. Die offensive Vermarktung bestehender Industriebrachen und die Anpassung dieser Bereiche an den Bedarf der Wirtschaft hat Priorität vor der Ausweisung neuer Flächen. Hier sind vor allem die Erfolge in der Hafenvermarktung, wie z.B. die Ansiedlung des Eisenbahnherstellers Voith, eine sinnvolle Alternative für den stetig zu betreibenden Anpassungsprozess Kiels im globalisierten Wettbewerb.

Maritime Technologie ist einer der Hauptpfeiler der Kieler Wirtschaft und trägt maßgeblich zu Wachstum und Beschäftigung bei. Die in diesem Bereich tätige internationale Kieler Messe "InWaterTec" arbeitet seit vielen Jahren erfolgreich, wird aber in der Öffentlichkeit noch zu wenig wahrgenommen. Es sollten daher alle Möglichkeiten einer Weiterentwicklung und Expansion der "InWaterTec" geprüft und umgesetzt werden.

### ***Tourismus***

Kiels Stärke ist sein maritimes Image mit den großen Fährschiffen mitten in der Innenstadt. Mit jährlich über 16 Millionen Tagestouristen und ca. 1,5 Millionen Gästen der Fähr- und Kreuzfahrtschiffe bildet der Tourismus einen zentralen Anker der Wirtschaft in der Region. Wir werden die Attraktivität Kiels als Urlaubsstadt sowie die hervorragende Fahrradinfrastruktur der Landeshauptstadt und in der Region als Plattform für die Steigerung des boomenden Sektors „Fahrradtourismus“

weiterentwickeln. Außerdem wollen wir die touristische Vernetzung mit dem Kieler Umland verstärken. Besonders die kleinen Ausflugsziele wie den Schwentine-Bereich, die Umgebung der Holtenuer Schleusen und den Falckensteiner Strand möchten wir besser in das Kieler Tourismus-Konzept einbinden. Das von uns Grünen vorangebrachte maritime „Science-Center“ wird ein Schaufenster der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kompetenzen. Zusammen mit Infotainment-Angeboten soll es Touristen nach Kiel locken und den Tagesgästen eine zusätzliche Attraktion bringen.

### ***Gesundheits- und Wellnessstandort Kiel***

Die Folgen des demografischen Wandels und die damit einhergehenden Auswirkungen insbesondere für die Bereiche Gesundheit und Pflege sind bereits heute zu spüren. Daher sind Gesundheitsvorsorge, medizinische Versorgung und die Pflege, aber auch der Wellnessbereich in Verbindung mit der Tourismuswirtschaft Schlüsselfelder für Kiel und die Förderregion. Im Wettbewerb um Lebensqualität für seine Bürgerinnen und Bürger und damit auch im wirtschaftlichen Kontext ist Kiel durch das Universitätsklinikum, öffentliche und private Kliniken (z.B. Lubinus Clinicum) bestens vorbereitet.

Daher wollen wir die Zusammenarbeit zwischen medizinischer Wissenschaft, Medizintechnik, aber auch dem Bereich der Gesundheitsprävention und Wellness zu einem Gesundheitscluster für Nordeuropa weiterentwickeln. Kooperationen mit Skandinavien sowie die Einbeziehung der Tourismusbranche bieten hier erfolgversprechende Ansatzpunkte für die wirtschaftliche Weiterentwicklung Kiels.

### ***Bildung, Wissenschaft und Innovationen***

Die Landeshauptstadt als Zentrum für Bildung, Wissenschaft und Innovationen in Schleswig-Holstein weiter zu stärken, ist ein wichtiges Leitmotiv unserer Politik. Gerade in diesem Bereich haben wir Einiges bewirkt. So ist das Kieler Innovations- und Technologiezentrum (KITZ) auf die doppelte Fläche ausgebaut worden, um die „Brutstättenfunktion“ für neue Betriebe noch besser ausfüllen zu können. Der Wissenschaftspark mit dem Wissenschaftszentrum, direkt neben der Universität gelegen, setzt neue Maßstäbe für die Kooperation von Wissenschaft/Hochschulen und neuen Wirtschaftsunternehmen. Und die Kieler Hochschulen, mit 27.000 Studierenden und über 3000 Mitarbeiter/innen wichtige Arbeitgeber für die

Landeshauptstadt, wollen wir zu Motoren der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Innovationen weiterentwickeln. Neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Hochschulen sehen wir im Kieler Science Center.

### ***Existenzgründungen***

Wir Grüne werden uns auf die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen und Existenzgründer/innen, ausdrücklich auch im produzierenden Gewerbe, konzentrieren. Hier sind zweifellos die größten Arbeitsmarkteffekte zu erwarten. Gleichzeitig sind diese Betriebe innovativer und aufgeschlossener für umweltverträgliches und nachhaltiges Wirtschaften.

Existenzgründer/innen sollen sich auf die Entwicklung ihrer Idee konzentrieren können. Daher setzen wir uns für eine kommunale Wirtschaftspolitik ein, die Hindernisse beseitigt, damit Gründerinnen und Gründer erfolgreicher und einfacher in die eigene Existenzsicherung starten können. Wir wollen die vorhandenen Förder- und Beratungsstrukturen für diese Betriebe effizienter gestalten. Von besonderer Bedeutung sind für uns Existenzgründungen von Frauen, da hier ein erhebliches Potenzial an Arbeitsplätzen bislang nicht mobilisiert wird. Deshalb werden wir die Fördermöglichkeiten verstärken, die auf die speziellen Bedürfnisse von Existenzgründerinnen zugeschnitten sind, denn Frauen gründen „anders“ als Männer.

### ***Städtische Unternehmen***

Zum wirtschaftspolitischen Handlungsfeld der Landeshauptstadt Kiel gehören auch die städtischen Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen. Mit dem Eigenbetrieb „Beteiligung“ wird sichergestellt, dass die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ziele der Stadt im täglichen Handeln der Wirtschaftsbetriebe auch Berücksichtigung finden. Dies soll jedoch ein wirtschaftliches Agieren auf den Märkten nicht behindern. Durch die Anteilsverkäufe an den Stadtwerken (51% hält MVV, Mannheimer Versorgung und Verkehr) und der Kieler Verkehrsgesellschaft KVG (49 % hält die NBB, Norddeutsche Busbeteiligungsgesellschaft) wurden die versprochenen Beschäftigungs- und Know-how-Effekte nicht erreicht. Weitere Anteilsverkäufe lehnen wir daher ab, im Gegenteil: Für beide Unternehmen soll eine Re-Kommunalisierung geprüft werden. Eine Privatisierung oder Anteilsverkäufe von Unternehmen mit städtischer Beteiligung sind mit uns nicht zu machen. Das betrifft

u.a. das Städtische Krankenhaus, den Seehafen, den Abfallwirtschaftsbetrieb ABK und die Schlepp- und Fährgesellschaft. Für die Unternehmen mit städtischer Beteiligung und bei städtischen Vergabeverfahren wollen wir das Tariftreuegesetz des Landes anwenden. Die Initiativen der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen für einen gesetzlichen Mindestlohn werden von uns ausdrücklich unterstützt.

### ***Unsere Ziele für Kiel:***

- Die maritime Verbundwirtschaft voranbringen.
- Den Tourismus besser mit dem Kieler Umland vernetzen.
- Den Gesundheits- und Wellnesssektor ausbauen.
- Kiel als Leuchtturm für Bildung, Wissenschaft und Innovationskraft in Norddeutschland stärken.
- keine weitere Privatisierung städtischer Betriebe, Re-Kommunalisierung der Daseinsvorsorge prüfen.

### **Demokratische Teilhabe und bürgernahe Verwaltung für Kiel**

Demokratie beginnt in der Kommune und ist mehr, als alle paar Jahre wieder ein Kreuz auf einem Stimmzettel zu machen. Alle in Kiel lebenden Menschen können sich in die Gestaltung der städtischen Politik unmittelbar einmischen und ihr Lebensumfeld konkret mitgestalten. Der städtischen Verwaltung kommt dabei eine wesentliche Aufgabe zu. Sie bedarf eines effizienten, transparenten und am demokratischen Gemeinwohl orientierten Aufbaus. Sie soll bürgernah gestaltet sein und muss zur Stabilisierung des städtischen Haushalts beitragen.

### ***Bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe***

Lebendiges bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Zugang zu Wissen ist dabei von entscheidender Bedeutung. Darum treten wir für den Aufbau eines flächendeckenden Angebots an Informations- und Kommunikationsdiensten ein. Nur wenn alle Bürgerinnen und Bürger freien und im Bedarfsfall kostenlosen Zugang zu Wissen haben, kann gleichberechtigte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben gewährleistet werden. Auch für soziale Randgruppen müssen ausreichend frei zugängliche Informationsmöglichkeiten bestehen, zum Beispiel kostenlose Terminals in

öffentlichen Einrichtungen. Alle kommunalen Internetdienste müssen barrierefrei sein.

Das System der repräsentativen Demokratie muss durch Möglichkeiten der direkten Mitwirkung und Einflussnahme für alle Einwohnerinnen und Einwohner ergänzt werden. Auch wenn die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wenig Anreiz bieten, die Wege der direkten Demokratie zu gehen, wollen wir sie beschreiten. Für uns gehören dazu weiterhin: regelmäßige Einladungen zu Einwohnerversammlungen, die qualitative Weiterentwicklung der Beiräte und die Fortsetzung der erfolgreichen sozialpolitischen Hearings. Auch wollen wir die Möglichkeiten des Internets für mehr Beteiligung nutzen, um Befragungen, Diskussionsforen und moderierte Zukunftswerkstätten anzubieten.

Die in vielen Kommunen erprobte Bürgerbeteiligung bei der Ausgestaltung eines städtischen Haushaltes wollen wir auch in Kiel einführen. Im Rahmen eines Modellprojekts beabsichtigen wir, einen Bürgerhaushalt für Kiel aufzustellen.

### ***Kommunalpolitische Partizipation von Jugendlichen***

Wir setzen uns dafür ein, dass die Teilhabe der Kielerinnen und Kieler bei kommunalen Belangen und Entscheidungsprozessen weiter verbessert werden. Für uns steht insbesondere im Vordergrund, dass Jugendliche sich an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligen können. Hier gilt es, die bestehenden Ansätze weiter auszubauen. In den Jugendtreffs sollen regelmäßig Veranstaltungen initiiert werden, um kinder- und jugendpolitische Belange zu diskutieren und Anregungen an Politik und Verwaltung zu beschließen. Jährlich sollen im Rathaus städtische Jugendparlamente durchgeführt werden.

### ***Kiel in der Einen Welt***

Wir fördern die internationalen Kontakte Kiels und verstehen dies als konkrete Friedenspolitik. Wir arbeiten für die Ziele multikultureller Gestaltung sowohl nach innen mit unserer multinationalen Bevölkerung als auch nach außen in der Eine-Welt-Arbeit und unseren Städtepartnerschaften.

Die Förderung der Demokratie und die Forderung nach Wahrung der Menschenrechte in allen jetzigen und zukünftigen Städtepartnerschaften sind selbstverständlich. Dies gilt also auch für die Kooperation mit Quingdao.

Wir werden prüfen, inwieweit das bestehende Netz von Städtepartnerschaften auf Dreieckspartnerschaften mit einer Kommune aus den Ländern des Südens erweitert werden kann, um starke, selbstverwaltete Kommunen in den Entwicklungsländern zu fördern. Dies kann etwa durch kommunalen fachlichen Wissenstransfer erfolgen.

### ***Kein Platz für Rechtsextremismus***

Kiel ist eine weltoffene Stadt, in der Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz haben dürfen. Deshalb ist es für uns eine wichtige Aufgabe, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzutreten und für mehr Toleranz und Demokratie in unserer Gesellschaft einzutreten.

Im Kampf gegen menschenverachtende und demokratiefeindliche Ideologien kommt dem bürgerschaftlichen Engagement aus allen Schichten unserer Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Dieses Engagement hat in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, dass in unserer Stadt kein Nährboden für eine offene und funktionierende rechte Szene vorhanden ist. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern, und deshalb ist für uns die Unterstützung von Gruppen und Initiativen im Kampf gegen Rechtsextremismus eine Selbstverständlichkeit.

### ***Grünes Leitbild für die Verwaltung***

In den letzten Jahren haben wir entscheidende Weichenstellungen für eine umfassende Verwaltungsreform vorgenommen. Wir haben mit der Verabschiedung von strategischen Zielen für die Stadt Kiel und einem komplexen Stadtentwicklungsprogramm dem Verwaltungshandeln klare Leitlinien vorangestellt. Die beschlossenen strategischen Ziele müssen mit einem eindeutigen Bekenntnis zum Klimaschutz vervollständigt werden.

Mit Hilfe von externer Beratung und Moderation, aber auch durch interne gegenseitige Beratung, sind wir unserer Idee einer modernen Verwaltung näher gekommen. Wir streben eine effiziente Verwaltung mit motiviertem und qualifiziertem Personal sowie demokratischen und schlanken Strukturen, mehr Transparenz und Kostenbewusstsein auf allen Entscheidungsebenen, einem vernetzten und qualitätsbezogenen Handeln unter Einbeziehung der gesamten Förderregion an.

## ***Verwaltungsreform***

Die von uns angestoßene Verwaltungsreform bildet die Grundlage für die Neustrukturierung der städtischen Behörden. Ziel ist es, dass die für die Bürgerinnen und Bürger notwendigen Aufgaben der Kommune von kompetenten und engagiertem Personal erfüllt werden. Hierfür ist die systematische Überprüfung der bisher wahrgenommenen Aufgaben sowie eine Analyse der Arbeitsabläufe in allen Bereichen fortzusetzen.

Unser Leitbild ist die kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsabläufe in allen Teilbereichen der Stadtverwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen in den Prozess eingebunden werden, um Erfahrungen und vorhandenes Wissen zu nutzen. Dort wo es angezeigt ist, soll der Prozess aber auch weiterhin von Externen professionell begleitet werden.

## ***Grünes Personalkonzept***

Wir haben ein Fortbildungskonzept initiiert, um kenntnisreiche, motivierte, moderne, für frische Ideen aufgeschlossene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Für die nahe Zukunft werden wir alle Initiativen in einem umfassenden Personalwirtschaftskonzept zusammenführen.

Bis 2014 werden etwa 720 der 4.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt die städtische Verwaltung verlassen. Mit ihrem Ausscheiden gehen viel Erfahrung und Qualität verloren, zugleich eröffnen sich aber auch Chancen für den notwendigen Veränderungsprozess: So können Nachwuchskräfte eingestellt, der Frauenanteil in allen Bereichen erhöht, bei der Stadt ausgebildete Kräfte übernommen und das Ausbildungsangebot vergrößert werden. Bei Einstellungen wollen wir verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen.

Die Stadt soll für ihren eigenen Bedarf weiter ausbilden. Die städtischen Wirtschaftsbetriebe sollen darin unterstützt werden, Ausbildungsplätze auch über den eigenen Bedarf hinaus zu schaffen.

Moderne Instrumente der Personalführung und -förderung sollen verstärkt eingesetzt werden. Das Führungspersonal ist wie das Fachpersonal gezielt auf die künftigen Aufgaben vorzubereiten und für die Umsetzung notwendiger Veränderungsprozesse zu schulen.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und persönlichen Interessen streben wir die Möglichkeit einer vollzeitnahen Arbeitszeitreduzierung an. Zugleich

fordern wir, insbesondere bei flexiblen Arbeitszeiten, Angebote betrieblicher Kinderbetreuung.

### ***Moderne Buchführung***

Zu einer handlungsfähigen und bürgernahen Verwaltung gehören Transparenz und Kostenbewusstsein auf allen Ebenen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung weiter sparsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgeht. Die Einnahmesituation der Stadt ist zu verbessern; die Ausgaben sind stetig zu überprüfen, Einsparpotenziale müssen genutzt, Schulden abgebaut werden. Die eingeleitete Umstellung der kameralistischen Haushaltsführung auf die in der Wirtschaft praktizierte doppelte Buchführung (Doppik) ist ein weiterer wesentlicher Schritt für mehr Transparenz und zur Stärkung des Kostenbewusstseins.

### ***Gebietsreform voranbringen***

Wir Grünen haben die Diskussion zur Gebietsreform in Gemeinden und Kreisen angestoßen. Kiel sollte nach unserer Überzeugung dem Regionalkreis Mittelholstein mit der Kreisstadt Neumünster angehören. Dieser Zuschnitt würde den wirtschaftlichen Korridor von Hamburg aus entwickeln und das strukturschwächere Neumünster in der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen.

Wohn- und Wirtschaftsräume müssen sich auch in den Gebietszuschnitten der Kommunen darstellen. Wir fordern eine konsequente Gebietsreform des Kieler Umlandes. Menschen mit hoher Leistungskraft finden ihren Arbeitsplatz in Kiel, wohnen aber oft außerhalb, wo sie auch ihre Steuern bezahlen, während die Hilfebedürftigen wegen des guten Fürsorgeangebotes aus dem Umland nach Kiel ziehen. Stadt-Umland-Beziehungen in Verkehrs-, Abwasser- und Müllfragen werden mühsam und teuer durch Sondergremien organisiert. Mit diesen Verhältnissen muss Schluss gemacht werden.

### ***Sozial und ökologisch verantwortliche öffentliche Beschaffung***

Im Agenda-21-Prozess kommt den Kommunen eine wichtige Rolle als Trägerinnen einer zukunftsfähigen Entwicklungs- und Umweltpolitik zu. Dazu werden wir das eigene kommunale Handeln überprüfen, an internationalen Standards ausrichten und weiterentwickeln. Hierzu gehört, den Dialog zwischen der Stadtspitze, der Kommunalpolitik und den Eine-Welt-Gruppen zu fördern und gemeinsame Aktivitäten zum Beispiel für fair gehandelte Produkte zu initiieren.

Deshalb fordern wir die Einhaltung sozialer und ökologischer Produktionsstandards in der öffentlichen Beschaffung. So haben wir bereits durchgesetzt, dass bei städtischen Vergaben keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft werden dürfen. Wenn möglich, ist den Produkten aus fairem Handel der Vorzug zu geben. Bei der Landeshauptstadt Kiel haben künftig Anbieter keine Chance, deren Angebot gegen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie etwa Kinderarbeit, verstößt.

Wir fordern, dass Kiel und seine Eigenbetriebe generell beim Einkauf z.B. von Dienstkleidung, Computertechnik, Pflastersteinen sowie bei Ausschreibungen die nachgewiesene Einhaltung der Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Bedingung macht. Die Verwendung kommunaler Mittel in Kiel muss in Verantwortung für faire und ökologische Arbeits- und Handelsverhältnisse geschehen, soweit dies rechtlich möglich ist.

Die Verwaltung hat sich umwelt-, insbesondere klimagerecht zu verhalten. Hierbei sind bereits Fortschritte erzielt worden. So haben wir erreicht, dass das „Stattauto“ zum Bestandteil des Mobilitätsmanagements der Stadt geworden ist. Das Pendlernetz kann eine sinnvolle Ergänzung sein. Sämtliche Bereiche der Verwaltung sollen auf den Prüfstand kommen. Die Beschaffung der Verwaltung spielt eine wesentliche Rolle, hier fordern wir eine ökologische Vergabeverordnung vom schadstofffreien Büro bis zur klimaneutralen Reise.

### ***Zentrale Beschwerdestelle***

Eine zentrale Beschwerdestelle, an die sich alle Bürgerinnen und Bürger wenden können, wenn sie Kritik und Anregungen äußern wollen, gleichgültig ob telefonisch, per Email oder im direkten Gespräch, ist Ausweis einer kompetenten und bürgernahen Aufgabenerledigung. Auf Grund unserer Initiative hat die Beschwerdestelle ihre Arbeit aufgenommen. In den Rathäusern, auf Veröffentlichungen der Stadt, im Internet und auf allen städtischen Formularen soll auf die Beschwerdestelle hingewiesen werden.

### ***Mobiles Rathaus***

In Kiel leben immer mehr Menschen, die in ihrer Mobilität derart eingeschränkt sind, dass sie Behörden nicht mehr aufsuchen können. Bereits jetzt besteht bei der Verwaltung das Angebot, bei Bedarf zu den Bürgerinnen und Bürger nach Hause zu

kommen. Diesen positiven Ansatz wollen wir ausbauen und uns für ein Mobiles Rathaus einsetzen. Denn dank der modernen Kommunikationstechnik sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Lage, eine Vielzahl von Verwaltungsleistungen in einer persönlichen Atmosphäre direkt vor Ort zu günstigen Öffnungszeiten zu erbringen. Dazu sollen zumindest die Aufgaben des Einwohnermeldeamtes – Melde- und Passangelegenheiten – und des Sozialamtes gehören.

Wir setzen uns zugleich dafür ein, dass bedarfsorientiert weitere Außenstellen der Verwaltung eingerichtet werden. Im Vorfeld muss das bestehende Angebot auf Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft werden. Dort wo es sinnvoll ist, sollen die Außenstellen Aufgaben des Einwohnermeldeamtes, der Kfz-Zulassung und des Sozialamtes bürgernah vor Ort in den Stadtteilen wahrnehmen. Hierbei ist auch die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden zu verstärken, um durch Kooperationen positive Effekte für die Bürgerinnen und Bürgern in der Förderregion zu schaffen. Ebenso soll die Verwaltung Bürgersprechstunden und direkte themenbezogene Kontakte vor Ort anbieten.

### ***Ombudsstelle „Korruption“***

Transparentes Handeln staatlicher Stellen und die Offenlegung behördlicher Vorgänge sind Ausdruck einer bürgernahen Aufgabenwahrnehmung. Zugleich sind sie das Mittel gegen Korruption. Korruption kostet die öffentlichen Haushalte jährlich Millionen der knappen Gelder, denn die Bestechungsgelder werden auf die Rechnungen aufgeschlagen. Entsprechend der Empfehlung von Transparency International – einer weltweit agierenden Vereinigung gegen Korruption – haben wir eine Ombudsstelle gegen Korruption eingerichtet. Die Ombudsfrau bzw. der Ombudsmann sind Ansprechpartner bei Verdacht auf Unregelmäßigkeiten in der Stadt.

### ***Unsere Ziele für Kiel:***

- Ausbildungsplatzangebot erhalten und ausweiten
- Die Beschaffung bei der Stadt nach ökologischen und sozialen Kriterien neu ausrichten.
- Ein Mobiles Rathaus einführen.
- Die kommunale Verschuldung abbauen.

- Kooperation mit den Umlandgemeinden intensivieren.